

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 8. August 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Der Kampf um Preußen!

**W**er Preußen hat, hat Deutschland. Das ist seit langem die Parole des Stahlhelmbundes, der das Volksbegehren zwecks Auflösung des Preussischen Landtages eingeleitet und den Volksentscheid am 9. August veranlaßt hat. An diesem Kampf um die preussische Staatsmacht sind aber nicht nur die Stahlhelmlaute, sondern sämtliche Rechtsradikale beteiligt. Volkspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei, Landvolk und christlich-soziale Parteigänger werden in der Kampffront des Stahlhelm gegen Preußen stehen. Aber nicht nur die Rechtsparteien, die bei den letzten Reichstagswahlen rund 9,1 Millionen Stimmen erhielten, sondern auch die Kommunisten werden, wenn sie den Befehl der Parteileitung ausführen, zu den Preußenstürmern gehören. An ihnen wird es liegen, ob die Wünsche eines Hitler und Hugenberg in Erfüllung gehen. Schrieb doch noch kürzlich die „Deutsche Bergwerkszeitung“: „Die Kommunisten haben sich nun doch für den Volksentscheid entschieden. Dadurch sind die Aussichten für sein Gelingen gestiegen.“ Wir können das Frohlocken des Organs der Grubenherren verstehen. Denn nur durch die kommunistische Beteiligung haben die Rechtsradikalen evtl. die Möglichkeit, die notwendigen 13 Millionen Stimmen zu erreichen. **Was wollen die Preußenstürmer?**

Sie wollen Auflösung und Neuwahl des Preussischen Landtages. Warum wollen sie das? Weil sie hoffen, daß die anhaltende Wirtschaftskrise und die damit verbundene geistige Verwirrung breiter Volksmassen ihnen einen politischen Zufallsieg ermöglicht. Mit dem auf diese Weise erhaltenen Machtzuwachs aber wollen sie die staatsbürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes beseitigen, um wieder die alten Herrscherallüren aufleben zu lassen. Betonte doch der Stahlhelmführer Morozowicz schon am 2. September 1928 folgendes:

„Wir haßen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen. Wir haßen diesen Staatsaufbau, weil in ihm nicht die besten Deutschen führen, sondern weil in ihm ein Parlamentarismus herrscht, dessen System jede verantwortungsvolle Führung unmöglich macht.“

In einem Aufruf des Stahlhelm vom 15. März dieses Jahres betonte man:

„holt die roten Fahnen nieder, wir wollen unser altes Preußen wieder.“

Und der deutschnationale Abgeordnete Quaaß äußerte sich bereits vor einem Jahr wie folgt:

„Machtzentrum Deutschlands ist der preussische Staat. In ihm ist die Sozialdemokratie mit Hilfe des Zentrums und einiger von der Rechten kommenden Splitter seit zehn Jahren ausschlaggebend, ja allmächtig.“

Das Organ der Gelbenbewegung im Ruhrbergbau „Der deutsche Arbeiter“ orakelte schon im April des Jahres:

„Die Hochburg des Marxismus, Preußen, muß fallen, bevor wir an die große Aufräumungsarbeit in unserer zerrütteten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturordnung herangehen können. Die Diener dieses Systems müssen verschwinden, dann werden wir als Herren des neuen, und doch ewig alten Preußens von hier aus wieder das Reich gewinnen, unsere Gegenwart meistern und die Zukunft ordnen.“

Die „Berliner Börsenzeitung“, ein ganz übles rechtsgerichtetes Schmutzblatt, schrieb am 31. Januar 1930:

„Tatsächlich sind die Sozialdemokraten nun im Besitz aller Waffen, mit denen sie aus dem preussischen Freistaat ein hilfloses Objekt ihrer marxistischen Experimente machen können.“

In richtiger Erkenntnis der arbeitserfindlichen und anti-sozialen Bestrebungen der Rechtsradikalen schrieb deshalb auch die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, am 10. April dieses Jahres noch:

„Kein Werkstätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelm, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern, für deren Volksbegehren aufzumarschieren!“

Inzwischen hat die kommunistische Partei ihre Meinung geändert. Das heißt, die kommunistischen Parteistrategen mögen noch so viele Gründe und Entschuldigungen für ihren Umfall anföhren wie sie wollen, das Ziel des Volksentscheides ist und bleibt ein Kampf der Rechtsparteien gegen die Arbeiterschaft. Das hat auch kürzlich das schwerindustrielle Organ, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, noch betont, indem sie schrieb:

„Die Kommunisten irren, wenn sie meinen, die Führung des Volksentscheides übernehmen zu können. Der Volksentscheid zur Auflösung des Preussischen Landtages ist eine Etappe des Kampfes der nationalen Rechten gegen den Marxismus, dem in gleicher Weise die Sozialdemokraten und Kommunisten anhängen.“

Also trotzdem die Urheber und Träger den Volksentscheid vor allem deshalb wollen, weil die Preußenregierung angeblich nicht scharf genug gegen die Kommunisten vorgegangen ist, glauben die Moskaujünger den Reaktionären die Steigbügel halten zu müssen.

### Das alte und das neue Preußen!

Es gab nie eine rote Mehrheit in Preußen. Selbst in der Landesversammlung von 1919 standen 168 Sozialdemokraten 233 Bürgerliche gegenüber. In der Regierung war niemals eine sozialdemokratische Mehrheit. Von 8 Ministern waren 2 und sind heute 3 Sozialdemokraten.

Das alte Preußen! 1913: 12 Oberpräsidenten, 9 adlig, alle konservativ; 36 Regierungspräsidenten, 26 adlig, alle konservativ; 483 Landräte, 238 adlig, alle konservativ; seit 1808: 30 Innenminister, 27 adlig. — 1913 erhalten auf Grund des Dreiklassenwahlrechts die Konservativen von 14,75 Proz. der Urwähler 33,41 Proz. der Abgeordneten, die Sozialdemokraten von 28 Proz. der Urwähler 2,26 Proz. der Abgeordneten.

Das neue Preußen! Von 12 Oberpräsidenten sind 4 Sozialdemokraten, von 34 Regierungspräsidenten sind 8 Sozial-

Demokraten, von 43 Polizeipräsidenten sind 23 Sozialdemokraten, von 400 Landräten sind 65 Sozialdemokraten.

Diese Gegenüberstellung beweist, daß es grobe Lügen und Irreführungen sind, wenn man behauptet, in Preußen wären die Sozialdemokraten vorherrschend. In Wirklichkeit geht es den Volksfeinden darum, die politische Macht völlig in die Hand zu bekommen. Denn in Preußen sind 540 politische Verwaltungsbeamte zu stellen. Einseitigste Parteiherrschaft der Reaktion oder demokratische Regierung durch das Volk und für das Volk wird durch die Art der Besetzung entschieden.

Ferner bilden 80 000 Mann Polizei das stärkste und gewaltigste Machtinstrument gegen alle Aktionen der Dutschisten.

#### Volksinteresse oder Katastrophopolitik?

Durch den bevorstehenden Volksentscheid wird die Wirtschaft nicht gemildert, sondern vergrößert werden. Die 4 Milliarden Kapital, die der deutschen Wirtschaft seit den Septemberwahlen entzogen wurden, sind der beste Beweis dafür. Und keiner der rechts- und linksradikalen Preußen-

stürmer wird glaubhaft machen können, daß das so notwendige Vertrauen der ausländischen Kreditgeber durch derartige Machenschaften gestärkt wird. Geradezu grotesk mutet in diesem Zusammenhang der Aufruf der westdeutschen Unternehmer an, in dem im Kampf gegen die Sozialdemokratie die Zerklüftung des Volkes durch Klassenkampfgedanken schärfstens verurteilt wird. Dabei sind es gerade die von ihnen unterstützten Parteien, die sich als die gefährlichsten politischen Brandstifter erweisen: Daß die Kommunisten ihnen dabei eifrige Hilfe leisten, beweist nur, wie sehr sich die Katastrophopolitiker wieder einmal einig sind.

Die Entscheidung am 9. August mag fallen wie sie will. Ueber eins müssen sich die Preußenstürmer schon jetzt im klaren sein: Die organisierte Arbeiterschaft wird es nicht dulden, daß den politischen Spekulanten und Volksfeinden die Bäume in den Himmel wachsen. Auch die republikanische Geduld und Toleranz findet einmal ein Ende, aber ein Ende, bei dem die politischen Abenteuerer ihr Wunder erleben können. J. U.

## Lohnabbau oder Kapitalschnitt?

Dier Milliarden Mark Kapitalverlust — das ist die Bilanz, die die deutsche Wirtschaft aus jener Kreditkrisis ziehen muß, die Anfang Juni panikartig ausbrach, bis heute nur notwendig gestoppt werden konnte und noch längst nicht überwunden ist. Dier Milliarden Mark Kapitalverlust — das ist ein finanzieller Aderlaß, der unseren durch die langwährende Konjunkturdepression entkräfteten Wirtschaftskörper aufs empfindlichste trifft. Er entzieht uns Geldmittel, die bislang in Produktion und Umsatz arbeiteten und die an sich schon knapp genug waren. Seine Folge wird sein, daß das Kreditvolumen ein schrumpft, der Kapitalmangel sich verstärkt, die Zinssätze steigen. Das aber bedeutet wiederum Belastung des Wirtschaftsprozesses, Verschärfung der Wirtschaftskrisis.

Am 15. Juli hat die Reichsbank ihren Diskontsatz aus währungsrechtlichen Gründen von 7 auf 10 Proz. erhöht. Die Banken folgten mit der Heraufsetzung ihrer Sollzinsen (zuzüglich der üblichen Provision) von 12 auf 15 Proz. Am 1. August wurde der Reichsbankdiskont auf 15 und der Lombardsatz auf 20 Proz. erhöht, bei Auflockerung der Zahlungs- und Kreditbeschränkungen. Unvermeidliche Konsequenz der aus- und inländischen Kapitalflucht der letztvergangenen Wochen! Was aber bedeutet diese Kreditverteuerung für die Wirtschaft, zumal wenn Kreditkündigungen, mit denen die Banken ihre Liquidität wiederzugewinnen suchen, nebenhergehen? Sie bedeutet, daß auf die Unternehmer der stärkste Druck zur Zurückzahlung der Bankschulden ausgeübt wird. Sie bedeutet, daß alle bisherigen kalkulatorischen Berechnungen über den Haufen geworfen werden. Schien es bislang zum Beispiel noch rentabel zu sein, Lagerbestände nicht unter Preis zu verkaufen, so müssen die Unternehmer nun, da ihnen die Daumenschraube der Kreditverteuerung und Kreditkündigung aufgesetzt wird, ihre Lager räumen — um jeden Preis, auch um einen solchen, der weit unter Selbstkosten liegt. Vermögensverluste, denen sie bislang zu entgehen hofften, werden durch das Fallen der Preise auf die Tagesordnung kommen. Auch die Wälle der Kartellvereinbarungen werden voraussichtlich nicht mehr länger vor der Springflut der Krisis schützen. Es wird zu Ende sein mit der Versicherung gegen Kapitalrisiko, die der Monopolkapitalismus einzurichten suchte. Die Zeit ist nahe, wo in Unternehmerkreisen Heulen und Zähneklappern herrschen wird.

Man muß sich die Auswirkungen jenes volkswirtschaftlichen Kapitalverlustes, den die jüngsten Ereignisse brachten, einmal klar vor Augen halten, um zu verstehen, warum der Zweckverband der Ruhrhandelskammer einen Aufruf veröffentlicht, in dem es von neuem wieder heißt:

„Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Fähigkeit, brachliegende Arbeitskräfte wieder aufzunehmen, muß durch die Senkung der Gestehungskosten wiederhergestellt werden. . . Da Steuern, soziale Lasten und Zinsen schwerer denn je auf der Gütererzeugung lasten, muß der Arbeitskostenanteil an der Gütererzeugung sowohl nach der Seite der Arbeitszeit als nach der Seite der Lohnhöhe beweglicher gestaltet, d. h. aus der politischen Bindung herauskommen und wieder auf das Marktbedürfnis eingestellt werden.“

In nüchternen Worten überseht, fordern hier die unter dem Einfluß der Schwerindustrie stehenden Handelskammern an der Ruhr

nichts anderes als Beseitigung der gesetzlichen Grundlagen des Schlichtungswesens, des Tarifvertragsrechts, der Arbeitszeitregelung, als neuen Lohnabbau und — Arbeitszeitverlängerung!

Wir kennen das Lied, wir kennen auch die Verfasser! Es sind die alten Wünsche der Arbeitgebervereinigungen. Wenn aber solche Forderungen in der gegenwärtigen Situation, auch wenn sie unter dem Motto: „Nationale Selbsthilfe“ erhoben werden, unbegreiflich zu sein scheinen, der sei an den Druck erinnert, den die steigenden Zinssätze auf die Unternehmungen ausüben. Dann wird er begreifen. Dann wird er sehen, wie die Unternehmer den Druck von ihren Schultern auf die der Arbeiter abwälzen, wie sie die ihrem Kapitalbesitz drohenden Gefahren ganz oder teilweise auf Kosten der werktätigen Massen bannen wollen. Das alte Spiel von dem Letzten, den die Hunde heißen, soll weitergespielt werden.

Wir warnen! Es ist in einer Zeit, die mit politischen Spannungen geladen ist, ein bedenkliches Spiel, das leicht zu Explosionen führen kann. Dann aber wird mehr vernichtet als die paar Quoten Kapitalabschreibung, die sowieso schon längst fällig sind. Oder glaubt unser Unternehmertum wirklich, es könne sich durch die Wirtschaftskrisis ohne Kapitalabschreiben? Gewiß, solche Kapitalschnitte sind schmerzhaft, nicht nur privatwirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich. Die Gelder, die fehlgeleitet worden sind, mit denen man fehlinvestiert und fehlrationalisiert hat, hätten bei geordneter Wirtschaftsplanung nützliche Verwendung gefunden. So aber, an falscher Stelle dem Wirtschaftsorganismus zugeführt, sind sie ein Krebschaden, der nicht zuletzt den konjunkturellen Niedergang verursacht hat. Er muß ausgemerzt werden, je eher, desto besser, weil von dieser Operation die Überwindung des ökonomischen Krisenzustandes abhängt.

Die Ruhrhandelskammern erklären, eine Senkung der Gestehungskosten sei notwendig. Sehr richtig! Das Mittel dazu liegt bei der Hand: es sind kräftige Kapitalabschreibungen, die die Zinsslasten senken, die Preise vermindern, die Realkaufkraft der Konsumtion heben, den Wirtschaftsprozess wieder ankurbeln. Aber unser Unternehmertum scheut sich, dieses Mittel anzuwenden. Es bemüht sich, auch dem neuen Druck, der in dieser Richtung auf es einwirkt, auszuweichen. Es treibt privatkapitalistische Kurztumsapolitik, und alle die bitteren Lehren, die die jüngste Vergangenheit erteilt hat, haben nicht gefruchtet. Immerhin ist es bemerkenswert, daß neuerdings auch in der liberalen Handelspresse staatliche Kreditkontrolle mit dem Ziel einer Kapitaläubungsaktion gefordert wird.

Eines aber sei mit aller Schärfe betont: Die Arbeiterschaft hat durch eine harte Serie von Lohnabbauten und Notverordnungen Opfer genug gebracht. Man kann ihr keine weiteren zumuten. Die Arbeiterschaft hat geblutet, nun muß auch das Unternehmertum bluten. Das gebietet nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern auch die politische und wirtschaftliche Vernunft. Wer aber kann erwarten, sie bei der Schwerindustrie zu finden, die als Pflanzstätte kurzfristigen Privatgottismus bekannt ist?

Friedrich Hertneck

## Vorschläge der Gewerkschaften zur Ueberwindung der Krise

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter Beteiligung des AFA-Bundes am 29. Juli folgende Entschliessung gefasst:

„Die ernste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschlossenes und schnelles Handeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der von der Not am härtesten betroffenen Volksmassen erheben daher folgende Forderungen:

1. Damit die Wiederaufnahme der Zahlungen bei privaten und öffentlichen Banken und Sparkassen gleichmäßig und schnellstens gesichert wird, ist die Versorgung mit ausreichenden Umlaufmitteln durch weitere Wechseldiskontierung der Reichsmark notwendig.

2. Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen- und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurückgeschreckt werden.

3. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandsverschuldungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Hierbei ist das Stillhalteübereinkommen durch ein teilsweises Auslandsmoratorium zu ergänzen.

4. Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung. Das Reich muß maßgeblich an der Verwaltung der Banken beteiligt werden. Zu diesem Zwecke ist ein Bankenausschuss zu errichten. Zu seinen Aufgaben gehört besonders: die Kreditpolitik der Banken zu kontrollieren, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufzustellen und die Durchführung der Richtlinien zu überwachen.

5. Die ins Ausland und in ausländische Werte geflüchteten Kapitalien sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Die bisher erlassenen „Notverordnungen gegen die Kapitalflucht“ beziehen sich nur auf die Flucht in Devisen. Sie sind deshalb zu erweitern:

1. Alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten.

2. Die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszudehnen.

3. Die Bewilligung von Ausnahmen bei der Devisenablieferung auf Grund der ergangenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden.

Ueber die zur Ueberwindung der augenblicklichen Stockung zu treffenden Maßnahmen hinaus sind zur Rückkehr des Vertrauens im In- und Auslande die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften notwendig.

Ebenso dringlich sind Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Der Lohnabbau hat sich als ein Irrweg erwiesen. Um die Läger zu räumen, dürfen Verlustverkäufe nicht gescheut werden. Kartellhemmungen müssen beseitigt werden. Ueberhöhte Zölle in Landwirtschaft und Industrie sind abzubauen. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein.

### Forderungen der christlichen Gewerkschaften.

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschloß in seiner Sitzung am 23. Juli in Berlin folgende Kundgebung:

„Die Verhandlungen der Staatsmänner haben gezeigt, daß das deutsche Volk und seine Wirtschaft hauptsächlich auf sich selbst angewiesen

sind. Wir können und müssen deshalb schnellst alle Mittel ergreifen, um mit den uns noch zur Verfügung stehenden Kapitalien und Zahlungsmitteln auszukommen und die deutsche Wirtschaft und die staatliche Ordnung zu erhalten. Dazu ist notwendig, daß

1. die Bemühungen, über das Reparationsfeierjahr hinaus zu weiteren außenpolitischen Entlastungen zu kommen, energig weitergeführt werden;

2. die Reichsreform und die Verwaltungsreform nunmehr unverzüglich mit dem Ziele einer Vereinfachung und weitgehenden Verbilligung in Reich, Ländern, Gemeinden sowie sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und in der Sozialversicherung in Angriff genommen und durchgeführt werden;

3. die Reichsregierung unnothig auf Grund der geschaffenen gesetzlichen Handhaben die geklohenen Kapitalien zur Rückkehr zwingt und daß die Möglichkeiten, die die Verordnung über die Kapital- und Steuerflucht bietet, voll ausgenutzt werden;

4. die meist völlig unmotivierten Abhebungen bei den Geldinstituten aufgehoben und die abgehobenen Beträge schnellst wieder eingezahlt werden;

5. das deutsche Bankwesen und gleichzeitig auch das Kartellwesen einer schärferen Aufsicht und Kontrolle unterstellt werden und insbesondere die Leitung der Deutschen Reichsbank von ihren weitgehenden Machtbefugnissen gegenüber den Banken den entschiedensten Gebrauch macht;

6. alsbald die längst notwendige Reform des Aktienrechts vorgenommen wird;

7. die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Wirtschaftskörperschaften gebildet und insbesondere die bestehenden Wirtschaftskammern paritätisch zusammengesetzt werden;

8. die drückendsten sozialen Bestimmungen der Notverordnung baldmöglichst geändert werden und daß allen sozial-reaktionären Bestrebungen auch staatlicherseits entgegengetreten wird;

9. in dieser Nothzeit alle gesetzlichen Handhaben benutzt werden, um die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten und daß gegen Feste und Ruhestörer — gleichgültig wo sie stehen — auf Grund der Gesetze und Verordnungen schärfstens vorgegangen wird.

Diese erneut über das deutsche Volk hereingebrochene Noth wird und kann nur dann überwunden werden, wenn das Parteigegenzin zurückgestellt wird und alle Stände und Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zusammenstehen und gemeinsam Hand ans Werk legen.“

Der volksnationale Reichstagsabgeordnete Baikusch und Führer der christlichen Gewerkschaften, der auch dem Zentralausschuß der Reichsbank angehört, fordert in einem Schreiben an die Reichsregierung und an das Direktorium der Reichsbank die sofortige Oeffnung der Schalter der Banken und erhebliche Lockerungen bei den Sparkassen. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme soll einhergehen die Heraufsetzung des Reichsbankdiskonts auf 20 Proz. und eine erhebliche Erhöhung der Zinsen für eingezahlte Gelder und Spargelder. (Was inzwischen geschehen ist.)

Der Zahlungsmittelumlauf könne seitens der Reichsbank ohne Inflationsgefahr auf 6 bis 7 Milliarden Mark vorübergehend heraufgetrieben werden. Gleichzeitig sei eine Stempelung der Noten oder der Notenaufdruck in die Wege zu leiten, um die Hamsterer zu fassen.

Außerdem müßten die Zeitungen verboten werden, die jetzt noch dauernd die Währung unterminieren, indem sie zur Flucht in die Sachwerte oder die Sparer zu Abhebungen veranlassen. Am Schluß verlangt Baikusch weitere beschleunigte Verhandlungen über einen langfristigen billigeren Kredit. Je länger darüber die notwendigen Verhandlungen mit Frankreich hinausgeschoben würden, je schwächer würde unsere Lage bei der Abwehr unerträglicher Bedingungen. Alle staatlichen Mittel seien bereitzuhalten, um die Autorität des Staates in jedem Falle gegenüber allen Hängern und Ruhestörern aufrechtzuerhalten.

## Hitler für „Youngklaverei“ und Niederringung des Bolschewismus

Die Nazis und die Kommunisten waren bisher die lautesten Rufer gegen die „Young-Sklaverei“. In einer Erklärung, die Hitler kürzlich der amerikanischen „United Press“ abgab, steht aber folgende Stelle:

„... Die größte Gefahr ist noch nicht eine Wirtschaftskatastrophe, sondern die viel größere ist die drohende Bolschewisierung. Entweder wird unsere Bewegung den Bolschewismus überwinden, oder der Bolschewismus wird Mitteleuropa und vielleicht noch weit darüber hinaus die übrige Welt in ein Chaos verwandeln. Wann immer auch das Schicksal uns die Macht geben wird, so glauben wir nicht an die Möglichkeit der Erfüllung politischer Tribute, wohl aber an die Notwendigkeit der Erfüllung seiner rein wirtschaftlichen Verpflichtungen, die Deutschland im Laufe der Jahre auf sich genommen hat. Für uns heißt es in erster Linie immer: Niederringung des Bolschewismus.“

Mit diesem Hitler, der hier für die Erfüllungspolitik eintritt, also die Young-Sklaverei aufrechterhalten und in erster Linie die Niederringung des Bolschewismus will, haben sich nun die Kommunisten zum Volksentscheid verbündet. Das heißt, sie verhehlen ihrem grimmigsten Feind selbst zur Macht.

## Gebt uns die Macht! Schafft uns die Mehrheit!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erläßt unter dem 1. August folgenden Aufruf:

Genossinnen und Genossen! Der Aufruf des Parteivorstandes und Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei an das deutsche Volk hat gewaltigen Widerhall gefunden. Die bankrotten Wirtschaftsführer setzen sich erbittert gegen die Aufdeckung ihrer Schuld zur Wehr, aber aus ihrer Abwehr spricht die Sprache des schlechten Gewissens. Die Illusion ist zerstört, daß die Unternehmer im Bunde mit den Rechtsparteien, mit Nationalsozialisten und Stahlhelm Deutschland „herrlichen Zeiten“ entgegenführen

könnten. Die nackte Existenz der Arbeiter, Angestellten, Beamten und des gesamten Mittelstandes ist bedroht. An sie alle ergeht unser Ruf: Jene haben euch belogen und betrogen. Schafft uns die Mehrheit! Der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsführer ist auch der Bankrott der Nationalsozialistischen Partei. Mit der Lüge von der „marxistischen Mißwirtschaft“ ist die Lüge vom Sozialismus der Hitler-Partei zusammengebrochen. Die Lotterwirtschaft der Laufen und Genossen ist der „Sozialismus“ der Nazis. Deshalb schweigen sie über das ungeheuerliche Wirtschaftsverbrechen Nordwolle, über den kapitalistischen Riesen-skandal, von dem die Bankkrise, die Schließung der Banken und Sparkassen, die Zerstörung der Anfangswirkungen des Hoover-Planes, die Vernichtung der Aussichten auf eine Lösung der Krise ausgegangen ist. Sie schweigen! Sie müssen schweigen, denn die Schuldigen sind ihre Geld- und Auftraggeber. Sie haben Hitler gestützt und finanziert. Sie schürten das Feuer des Aufstandes, um ihre Schulden, den vorausgesehenen nahenden Bankrott durch den allgemeinen Zusammenbruch zu verdecken und sich durch die Vernichtung der demokratischen Volksrechte der Kritik und der Verantwortung zu entziehen. Die Katastrophentreiber in Deutschland, die Hitlerpartei und der Stahlhelm, die Partei Hugenberg, kaiserliche Generale, Hohenzollernprinzen, politische Abenteuerer, nationalistische Schreiber, Großindustrielle und ostelbische Junker wollen einen neuen Ansturm gegen die Stellung der Sozialdemokratie, gegen die republikanische Regierung Preußen unternehmen! Sie wollen in Preußen wieder herrschen, wie zur Zeit des Dreiklassen-systems.

Ihnen leisten die Kommunisten Zutreiberdienste aus ohnmächtigem Haß gegen die Sozialdemokratie. Sie gehen Hand in Hand mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterschaft. So machen sie ihre Parole zur Wahrheit: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.“

Kommunisten, Nazis, Hugenberg und Stahlhelm in einer Front — darauf gibt es nur eine Antwort: Schafft uns die Mehrheit!

Genossen! Jetzt ist es Zeit, zu den Arbeitern zu sprechen, die noch außerhalb unserer Reihen stehen, zu den Bevölkerungskreisen, die den Lockungen des Nationalismus gefolgt sind. Heute haben sie die Folgen vor Augen, die der nationalsozialistische Wahlsieg vom 14. September 1930 über Deutschland gebracht hat: das durch den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsführer aus tausend

Wunden blutende Volk. An diese alle ergeht jetzt unser Ruf, sie zu gewinnen für den Sozialismus.

Jetzt gilt es aber auch, den kommunistischen Arbeitern zu zeigen, wie verderblich die Existenz und die Politik der kommunistischen Partei auf die Stellung und die Macht der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft einwirkt. Im Augenblick, wo die Schuld der kapitalistischen Führer riesengroß vor dem deutschen Volke steht, wo der Hitler-Partei die sozialistische Maske vom Gesicht gerissen ist, wo die Illusionen der von den Nationalsozialisten gefangenen Arbeiter zusammenbrechen, will die kommunistische Führung den Scharfmachern und Junkern, den Hohenzollernprinzen und Industriemagnaten die Arbeiterschaft als Hilstruppe zuführen. — Die deutsche Sozialdemokratie tritt diesem Irrsinn und dieser Schande entgegen und ruft euch zu: Schafft uns die Mehrheit! — Genossen!

Überall, wo ihr mit kommunistischen Arbeitern zusammenkommt, müßt ihr diesen niederträchtigen Streich gegen die deutsche Arbeiterbewegung brandmarken! — Jetzt muß unser Werbefeldzug den Höhepunkt erreichen, jetzt gilt es, ihn zu politischer Wirkung zu bringen! Wir rufen zur Umkehr von den verhängnisvollen Wegen, die seit dem 14. September beschritten worden sind. Wir fordern die Umkehr nicht nur von der Reichsregierung, wir fordern sie vom ganzen deutschen Volk. Die Sozialdemokratische Partei verlangt jetzt die Macht, um sie an den entscheidenden Punkten einzusetzen. Noch nie hatte sie bisher die Mehrheit im Parlament. Jetzt fordern wir Macht zum Kampf gegen die verderbliche Selbstherrlichkeit der Finanzmagnaten und Industriekapitäne. Wir fordern Macht gegen die unfähigen privatkapitalistischen Wirtschaftsführer. Macht zur Organisation der Wirtschaft. Macht zur Sicherung einer stabilen Außenpolitik der Verständigung! — Genossen! Die Krise ist ernst, die schwere Erschütterung der deutschen Kreditwirtschaft bedroht Arbeiter und Angestellte mit weite-terer Arbeitslosigkeit. Mühelosig arbeitet man auf schwankender Grundlage an der Wiederherstellung des zerstörten Vertrauens zu Deutschland in der Welt, immer

gehemmt durch den verhängnisvollen Wahlsieg der Nationalsozialisten vom 14. September 1930. Der Druck der Not liegt auf dem Volke. Verzweiflung bemächtigt sich der Volks-schichten, die die Illusionen vom 14. September zusammenbrechen sehen. Jetzt erhebt sich die Sozialdemokratie, gefürchtet von den Scharfmachern, gehaßt von ihren Landsknechten, unerschütterlich durch die Welle des Nationalismus, durch den Sturm der haßerfüllten Angriffe von rechts und links, in ständig wachsender organisatorischer Kraft.

Wir werden nicht, um nur zu wachsen, wir wollen wachsen, um zu wirken. Dringender als je zuvor heißt unsere Lösung: „Wo bleibt der zweite, der dritte, der vierte Mann?“

Unsere Arbeit ist jetzt gerechtfertigt vor aller Welt!

In diesen kritischen Stunden rufen wir dem Volke zu:

**Gebt uns die Macht! Schafft uns die Mehrheit!**

### Wegbereiter der Blutherrschaft des Faschismus

Das Volksbegehren der Nationalsozialisten hat nur das Ziel, der Blutherrschaft der faschistischen Diktatur den Weg zu bereiten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir Kommunisten lehnen es ab, diesen Volksbetrug mitzumachen. ... Wir wissen, daß die Durchführung der faschistischen Diktatur für die Arbeiterklasse nur eine ungeheure Steigerung des Hunger- und Massenelends bedeutet. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Darum sagen wir der Arbeiterklasse, sie soll sich nicht irreführen lassen, sie soll nicht auf dieses demagogische Gerede hineinfallen“, erklärte Schwenk, der Führer der kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag, am 15. Oktober 1930 (Protokoll S. 14 955).

Jetzt aber erklärt sich die Kommunistische Partei bereit, diesen Volksbetrug mitzumachen, jetzt ist sie bereit, der „Blutherrschaft der faschistischen Diktatur den Weg zu bereiten“.

Am 16. Februar 1931 erklärte das Zentralkomitee der KPD:

„Die Reaktion vom Stahlhelm und der schwerindustriellen Volkspartei bis zu Hugenberg und Hitler ruft zum „Volksbegehren“ ... Diese parlamentarische Komödie während die Massen hungern und Not leiden ... ist ein Hohn auf das Volk“. ... Das Volk antwortet mit Verachtung und Massenkampf auf das „Volksbegehren“ der Reaktion!

Am 9. April 1931 erklärte „Die Rote Fahne“ zum Volksbegehren der Faschisten:

„Die Arbeiterschaft steht dieser faschistischen Aktion in schärfster Frontstellung gegenüber. Kein Arbeiter zeichnet sich in die Listen des faschistischen Volksbegehrens ein. Alle Werktätigen reißen sich ein in die von der KPD geführte rote Volksaktion gegen Faschismus und Preußen-Regierung.“

Am 10. April 1931 schrieb „Die Rote Fahne“:

„Wie wenig dieses faschistische Volksbegehren eine Angelegenheit der werktätigen Massen ist, zeigt die Tatsache, daß einer der eifrigsten Propagandisten für diese Stahlhelmaktion neben der Presse des Großkapitalisten und Inflationsgewinners Hugenberg — die „Berliner Börsenzeitung“, das Organ der von den Nazis so „bekämpften“ Bankfürsten und Börsenjobber ist. ... Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern für deren Volksbegehren aufzumarschieren!“

Heute macht „Die Rote Fahne“ eifrigste Propaganda für den Volksentscheid der „Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, der Börsenfürsten, Junker und Inflationsgewinnler“.

## Annullierung der Kriegsschulden — Kredithilfe ohne politische Bedingungen

Der Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nahm nach einem Referat von Dr. Otto Bauer (Wien) eine EntschlieÙung an, die eine Revision der Friedensverträge, Aufhebung der Kriegsschulden und Kredithilfe für Deutschland ohne politische Bedingungen verlangt. Diese EntschlieÙung sagt, daß durch die Erschütterung des Kredits in Mitteleuropa und besonders in Deutschland die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft ihren Höhepunkt erreicht hat, wenn nicht sofort eine großzügige internationale Kreditaktion die Gefahr des politischen Zusammenbruchs und seiner den Frieden schwer gefährdenden Folgen verhindert. Jeder Versuch, die Kredithilfe an politische Bedingungen zu knüpfen, muß verworfen werden. Denner könnten nur dem deutschen Nationalismus nützen. Die Kreditgewährung wird erleichtert, wenn die deutsche Regierung aus eigenem Antrieb den demokratischen Nationen die Beruhigung zu geben vermag, daß diese Mittel nicht einer Politik des Nationalismus und der Diktatur, sondern des Friedens und der demokratischen Politik dienstbar sein werden.

Der Kredithilfe muß so schnell als nur möglich eine Neuregelung der Reparationen und Kriegsschulden folgen, die gegenwärtig schon durch die Erhöhung der Kaufkraft des Geldes drückender geworden, aber durch die wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland als vollkommen unhaltbar erwiesen worden sind. Die Annullierung der Kriegsschulden ist heute notwendiger denn je.

Mit dieser Neuregelung im engsten Zusammenhang steht die Abrüstung, die mit größtem Nachdruck gefordert wird.

Nach scharfer Brandmarkung der nationalistischen HeÙe und der von Rüstungsinteressenten verbreiteten Gerüchte über Krieg und Konflikte bezeichnet die EntschlieÙung es als unabwendbare Pflicht der Regierungen, Deutschland sofortige Hilfe zu bringen und die Weltkrise einzudämmen.

Darauf folgt der zweite Teil der Resolution, der sich direkt an die Arbeiterschaft in Deutschland wendet: So unerlässlich die internationale Hilfe für Deutschland ist, so bleibt doch die wichtigste Aufgabe in der Verteidigung der neuen Demokratie der deutschen Arbeiterklasse gestellt. Der Kongreß hat volles Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie den deutschen Faschismus schlagen werden. Sie werden dadurch mit ihrer eigenen Freiheit die Freiheit in ganz Mitteleuropa und den Frieden der ganzen Welt retten. Die sozialistischen Arbeiter der Welt werden in diesem Kampf mit allen ihren Kräften an der Seite der deutschen Arbeiterklasse stehen. Die junge Demokratie der mitteleuropäischen Staaten kann nur durch die Kraft der Arbeiterklasse verteidigt und behauptet werden. Aber die Demokratie wird den ganzen Enthusiasmus und damit die ganze Kraft der Arbeiterklasse nur dann für sich zu entfesseln vermögen, wenn sie die Wirtschaft unter ihre wirksame Kontrolle zu stellen, wenn sie sich vor den Massen der Arbeiterklasse als ein Instrument sozialer Umgestaltung zu bewähren vermag. Die Verteidigung der Demokratie muß darum auf das engste verknüpft bleiben mit dem Kampf um den Sozialismus.

Faschisten und Kommunisten empfehlen den besiegten Völkern die gewaltsame Zerreißung der Friedensverträge. Aber jeder Versuch, die Verträge durch einseitigen Bruch oder durch Gewalt zu revidieren, könnte nur die Wirtschaftskrise verschärfen und zum Kriege führen. Was die Friedensverträge an Unrecht enthalten, kann nicht anders überwunden werden als mit den Methoden der Demokratie und des internationalen Rechts. Es wird überwunden werden durch den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wie die SAJ schon bisher gegen jede Verantwortung der besiegten Nationen gekämpft hat, so werden die sozialistischen Arbeiterparteien, wenn sie und in dem Maße, wie sie die Macht erobern, schrittweise und friedlich die Verträge revidieren, in dem Sinne, daß sie allen Völkern die volle Gleichberechtigung innerhalb der friedlichen Gemeinschaft der Völker, das Selbstbestimmungsrecht innerhalb eines befriedeten Europa und Schutz und kulturelle Selbstverantwortung innerhalb ihrer nationalen Minderheiten sichern werden.

„Die SAJ. setzt ihre ganze Kraft daran, der Arbeiterklasse aller Länder die Möglichkeit zu sichern, ihren Kampf auf dem Boden der Demokratie und mit demokratischen Mitteln zu führen. Wenn aber die kapitalistischen Kräfte, die heute noch die Demokratie beherrschen, trotz allem Druck der sozialistischen Parteien aller Länder und trotz der Anstrengungen der britischen Arbeiter-

regierung zu ihren Bemühungen um die Sicherung des Friedens und der Demokratie die Internationale das vollste Vertrauen hat, die mitteleuropäische Wirtschaft und die mitteleuropäische Demokratie untergehen lassen sollte, wenn im Gefolge einer solchen Katastrophe der deutschen Wirtschaft in ganz Europa östlich vom Rhein die faschistische Gewalt der Arbeiterklasse ihren demokratischen Kampfboden entreißt: dann wird der Arbeiterklasse kein anderer Ausweg bleiben, als der Herrschaft des Faschismus alle ihre Machtmittel entgegenzuwerfen. Die Welt hat keine andere Wahl mehr als die: Entweder eine sofortige und großzügige internationale Aktion zur Rettung der Wirtschaft, der Demokratie und des Friedens oder die Katastrophe und den Bürgerkrieg.“

In der Diskussion zu dem Referat Dr. Bauers sprach auch, unter großem Beifall des Kongresses, der deutsche Delegierte Dr. Breitscheid, dessen Ausführungen wir das Nachfolgende entnehmen:

„Was wir erleben, ist eine neue moralische Erschütterung des Kapitalismus, eine neue Enthüllung seiner Schäden und seiner Unfähigkeit. Aber wir wissen nur zu gut, daß dieser Kapitalismus nicht in einer Krise plötzlich dahinsinken wird, daß er Schritt für Schritt zurückgedrängt und durchseht wird von sozialistischen Ideen und sozialistischen Tatsachen. Wir wollen mit unserem Appell die Möglichkeit haben, mit der Wirtschaft auch die Arbeiterklasse in Deutschland zu erhalten. Leider sind diejenigen, die die Hilfe bringen können, die Kapitalisten. Leider ist die Internationale bei allem guten Willen, bei aller moralischen Unterstützung, die sie uns gewähren kann, nicht reich genug, um uns auch die notwendige materielle Unterstützung zu gewähren. Wir appellieren also an die Geldmächte der Welt und sind uns vollkommen klar darüber, daß wir deutschen Sozialdemokraten es nicht bei einem solchen Aufruf bewenden lassen dürfen. Wir haben das getrieben, was unsere Gegner höhnisch Erfüllungspolitik nennen, d. h. wir haben die Ausführung übernommener Verpflichtungen für notwendig erklärt. Wir haben aber zu gleicher Zeit niemals Zweifel gelassen, daß wir die Friedensverträge nicht als für die Ewigkeit geschaffen betrachten, daß wir in ihnen vielfach politischen Unrecht und vielfach wirtschaftlichen Unsinn erblicken müssen. Wir haben stets erklärt, daß diese Verträge nicht heilig sind, daß man ihnen aber eine bessere Gestalt nicht durch die Gewalt der Waffen, nicht durch einen neuen Krieg, sondern nur durch die Verständigung der Völker geben kann, indem sich die Gegenseite von der Ungerechtigkeit dieser Verträge überzeugt und daraus praktische Schlussfolgerungen zieht. Bei niemanden haben wir ein größeres Verständnis dafür gefunden als bei unseren französischen Genossen. Von niemanden sind wir besser darin unterstützt worden, als von Léon Blum und den anderen französischen Genossen, und wir erkennen sehr wohl, daß sie sich in einer schweren Situation befinden, in der sie nicht nur Klugheit, sondern auch Kühnheit an den Tag gelegt haben. Für uns ist es von ungeheurer Bedeutung, daß jetzt in dieser Resolution scharfer und klarer als jemals zuvor von der Revision der Friedensverträge gesprochen wird. Es ist außerordentlich wertvoll, daß die Internationale uns damit den Rücken stärkt. Denn in Deutschland ist die falsche Auffassung verbreitet, als ob die Friedensverträge an der Notlage schuld und die Sozialdemokratie dafür verantwortlich sei.“

In der heutigen Zwangslage spricht man viel davon, daß Deutschland zur nationalen Selbsthilfe in der Wirtschaftsfrage greifen würde. Es ist selbstverständlich, daß wir für nationale Selbsthilfe sind, obwohl wir glauben, daß die nationale Selbsthilfe nicht weit reichen wird. Wir fürchten auch, daß die herrschende Klasse Deutschlands unter der nationalen Selbsthilfe in erster Linie neue Opfer des Proletariats verstehen werde. Schon aus diesem Grunde appellieren wir an das Ausland, uns zur Hilfe zu kommen, um der gesamten Welt und ihrer friedlichen Entwicklung willen.

Die Verantwortung der Kapitalisten ist klar. Wenn das Kapital die bedrohten Länder in Elend versinken, wenn es die Völker verzweifeln läßt, dann entstehen die Gefahren des Chaos und des Bürgerkriegs. Wir sprechen davon mit warnendem Mund. Wir sagen nicht, daß wir diejenigen, deren Hilfe wir fordern, mit Revolution heiß machen wollen, wir sagen nur, daß wenn durch das Versagen der Geldmächte die Demokratie zusammenzubrechen droht, daß wir dann auf einem anderen Boden den Kampf der Arbeiterklasse führen müßten und daß die Geldmächte sicher sein möchten, die Arbeiterklasse auch auf diesem Boden zu finden.“

## Von der 2. Arbeiter-Olympiade in Wien

Wir entnehmen der Arbeiterpresse den folgenden Stimmungsbericht aus Wien:

Kaum hat der Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale begonnen und schon liegen Tage von unsagbarer Schönheit und Kraft hinter uns. Dieser Sonnabendabend im Stadion und dieser Sonntag werden wohl für alle, die das Glück hatten, die Veranstaltungen zu sehen, unvergleichliches, unaussprechbares Erlebnis sein.

Das ist einmal das Festspiel im Stadion, das über 60 000 Menschen in helle Begeisterung versetzte.

Am Sonnabendabend war kein Plätzchen mehr frei. Sie waren alle zu der zweiten Aufführung des Festspiels gekommen. Eines Festspiels von gewaltiger Wucht, wie es bisher sicher nicht gegeben wurde. Dichter und Regisseur haben da eine Glanzleistung geschaffen, die alle in ihren Bann zieht. Es ist ein Massenfestspiel ohne Gleichen, bei dem die Zahl der Mitwirkenden in die Tausende geht. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und der schließlich Sieg der Arbeiter ist die Grundidee des Stückes. Da sehen wir die Arbeiter in der Fron des Kapitalismus. Sie schaffen und schufen. Hämmer dröhnen Arbeiter fallen nieder und stehen wieder auf. Schäften weiter. Die Kinder müssen ebenfalls zur Arbeit heran. Aus dem kapitalistischen Turm klingen brave Bibelsprüche auf. Unterbrochen von den Börsenkursen! Bibelsprüche für die Arbeiter — Gewinn und wieder Gewinn für die Kapitalisten. „Tragt euer Los gottergeben und ihr werdet einst in ein besseres Jenseits eingehen!“ „Selig sind die Hungernden, denn sie werden gespeist werden!“ — „Weizen 120, Weizen 130!“ — „Selig sind die Frierenden, denn sie werden gekleidet werden!“ — „Baumwolle 150, Baumwolle 160!“ Da plötzlich,

mitten im Gedröhn und Gerassel der Hämmer und Maschinen erschallt eine Stimme, die Stimme des Sozialismus: „Brüder, Menschen, rafft euch auf, die Sklaverei hat lange genug gedauert! Brecht die Ketten!“ Rote Fahnen tauchen auf, die Arbeiter scharen sich darum, beginnen ihren Freiheitskampf. Aufruhr, verkünden die Kapitalisten. Soldaten werden herangeholt. Die Arbeiter auseinander geprenzt, einige der „Auführer“ verhaftet und später erschossen. Die Sklaverei geht weiter. Wieder Bibelsprüche und wieder Börsenkurse. „Stahl“, hallt es plötzlich auf, „Stahl steigt, steigt!“ Dann ist der Krieg da. Aus dem kapitalistischen Turm wird der Verteidigungskrieg verkündet. Alle Nationen sind im Verteidigungskrieg, mit all seinen Schrecken zieht der Krieg vorüber. Aus dem kapitalistischen Turm erklingen Siegesberichte, während die Arbeiter an der Front sind oder zu Hause hungern. Der Krieg ist vorbei. Millionen von Witwen und Waisen ziehen herauf. Don neuem beginnt der Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung. Diesmal endet er mit ihrem Sieg! Der Kapitalismus wird niedergeworfen, die rote Fahne steigt auf und verkündet Freiheit und Brot. In hellen Kleidern wandern Kinder herauf. Ein neues Geschlecht! Fackelträgerinnen in weißen Gewändern verkünden die neue Zeit. Ein herrliches, ein gewaltiges Schauspiel beginnt sich in diesem Augenblick zu entfalten. Auf dem obersten Kranz des ganzen Stadions, ringsum, flammen Fackeln auf, und im Stadion marschieren Tausende und Tausende von Fackelträgern ein. Laut leisten sie den gemeinsamen Schwur, der Arbeiterklasse zu dienen, der Menschheit, und bessere Zukunft zu sichern. Eine Zukunft in Sicherheit und Friede. Die Internationale ertönt und wird von allen mitgesungen in beinahe allen Sprachen der Welt.

Es ist kaum zu fagen, welche gewaltige Wirkung auf die Zuschauer das Ganze ausübt. Zuschauer ist schon nicht mehr das richtige Wort. Jeder fühlt sich als Mitwirkender. Alle sind hingerissen. Man wagt sich kaum noch umzusehen, damit der Nebenmann die Tränen nicht sieht. Dabei aber geht es wohl jedem einzelnen so!

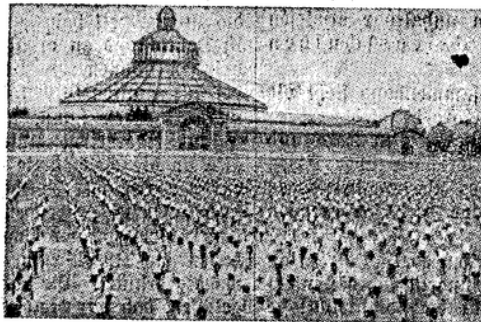
Nach Schluß der Aufführung bildet sich ein Fackelzug, wie er wohl nur in Wien möglich ist. Stundenlang geht der Marsch vom Stadion durch die Stadt nach dem Rathaus. Zehntausende von Fackeln leuchten in der Nacht. Fackelverkäufer laufen schweißbedeckt nebenher. Wo die Fackeln abgebrannt sind, werden neue

angezündet und weiter geht es, weiter. Auf beiden Seiten der Straße stehen dicht gedrängt ungeheure Menschenmassen. Die ganze Wiener Bevölkerung muß auf den Beinen gewesen sein. Jung und alt! Kinder und Greise! Keine teilnahmslosen, neugierigen Gaffer. Überall lebhaftes Köcher-schwenken und immer wieder: Freundschaft, Freundschaft! Dieser Fackelzug gehört mit zu dem Unvergesslichen dieser beiden Tage.

Auf dem Rathausplatz, vor dem prächtig beleuchteten Rathaus, erfolgte die Auflösung des gewaltigen Zuges, eines Zuges, der trotzdem nur ein Vorspiel sein sollte zu dem Festzug der Olympiade, der auf Sonntag morgen angesetzt war. Das Wetter begünstigte diesen Aufmarsch, für den wir schon gar keine passende Bezeichnung mehr finden. Die Sonne machte es gnädig und verbarg sich ab und zu hinter den Wolken.

Die Teilnehmer am internationalen Kongreß hatten auf einer Tribüne vor dem Parlament Platz genommen. Um 7 Uhr vormittags begann der Vorbeimarsch, der volle vier Stunden dauern sollte. 200 000 Teilnehmer dürfte nicht zu hoch geschätzt sein. Dabei konnten die Wiener Parteimitglieder und die Anhänger zum Demonstrationszug gar nicht zugelassen werden. Die Zahl wäre zu groß geworden. So marschierten nur die Teilnehmer an der Olympiade und die Wiener Arbeiterportvereine auf.

Die übrigen bildeten wieder mit der gesamten Bevölkerung Spalier. Mehr als 50 Nationen waren in diesem gewaltigen Festzug vertreten. Es war ein unbeschreiblich herrliches Bild. Eine richtige internationale sozialistische Heerschau! Denn alle, die da aufmarschierten, waren nur ein kleiner Teil von Millionen Gleichgesinnter in allen Ländern. — Motorradfahrer und Radler eröffnen, dann erscheinen die ersten Transparente. In allen Sprachen fordern sie Abrüstung und Frieden. Dann folgten die unend-



Massenfreibung der Arbeiterjugend vor der Wiener Rotunde.

lichen Reihen der Sportler, der Turnerinnen und Turner, Schwimmerinnen und Schwimmer, Fußballer, Athleten, Tennisspieler und alles was es noch an Sportarten zu geben vermag. Herrliche sonnengebräunte und in Arbeit gestählte Körper von Männern und Frauen ziehen vorüber. Der Jubel kennt keine Grenzen. Die Jugend grüßt den Kongreß; der Kongreß grüßt die Jugend! Bürgermeister Seiß steht und schwenkt sein Tuch, unermüdblich abwechselnd mit der Linken und der Rechten. Hoch Seiß, hoch Seiß! erklingt es immer wieder. Freundschaft, Freundschaft, Freundschaft! viel millionenmal „A bas la guerre, à bas la guerre!“ klingt es dann wieder dazwischen.

Hell leuchten die blauen Hemden der Sozialistischen Arbeiterjugend. Tausende und Tausende ziehen sie vorüber. Es braucht uns wahrlich um die Zukunft nicht zu bangen!

Unterbrochen wird der Zug von Zeit zu Zeit von den Fahnen-gruppen. Da tauchen die roten Fahnen immer wieder zu Hunderten auf, lauter große Sturm-fahnen, so wie sie die Jugend mit sich führt. Sie rütteln auf, diese hellroten Fahnen, Freude und Zukunft verkündend. Neben ihnen verbläht die schönste Fahne mit kunstvollen Stickereien.

Die Naturfreunde, die im Zug einen großen Platz einnehmen, führen allein einen ganzen Wald solch roter Sturm-fahnen mit.

Besonders stark vertreten waren die Tschechoslowakei und Deutschland. Dreißigtausend deutsche Olympiateilnehmer sind hier.

Es ging gegen 12 Uhr, als der Vorbeimarsch zu Ende war. Volle vier Stunden hatte es gedauert. In Zehnerreihen; Wien, das rote Wien, hat die Hoffnungen, mit denen wir hierher fuhrten, nicht enttäuscht. Sie sind bei weitem übertroffen worden. Nie haben wir Schöneres, Vollkommeneres gesehen, als in diesen beiden Tagen. Alle, die sich da begegnen, erfüllt eine Verbundenheit, die nicht in Worten ausgedrückt zu werden vermag. Keiner wird nach diesen beiden ersten Kongreßtagen in sein Heimatland zurückkehren, ohne die Gewißheit mitzunehmen: Dem Sozialismus gehört die Zukunft! Er wird aus der Welt das einzige Vaterland der Menschheit machen. J. W.

## Wahn-Europa 1934

**Weimarer Verfassung und Volksentscheid. — Das Bürgertum von heute. — Demokratie oder Diktatur. — Nie wieder Krieg oder — Bürgerkrieg! — Entwicklung zum Sozialismus.**

Deutschland steckt gegenwärtig in einem fürchterlichen Chaos, dank der absoluten Unzulänglichkeit der privaten „Wirtschaftsführer“, die zwar dauernd auf die öffentliche Wirtschaft schimpften, aber selbst nicht in der Lage waren, auch nur den elementarsten Ansprüchen einer wirklichen Wirtschaftsführung gerecht zu werden. Die zahlreichen Industrie- und Bankskandale der letzten Zeit sind dafür charakteristisch.

Aber dieses müßte Durcheinander unserer Finanzwirtschaft darf uns nicht verführen, nun die Dinge gehen zu lassen, wie sie wollen. Selbst diese schrecklichen Zeiten des Abbaues der Sozialpolitik und vieler unerfreulicher Vorgänge, die mit den Notverordnungen der Brüning-Regierung verknüpft sind, ändern nichts an der Tatsache, daß am 11. August 1919 die deutsche Republik sich ihre Weimarer Verfassung gab. Es ist nichts irriger, als zu glauben, wenn man der sozialen Reaktion die Steigbügel hält — wie das gegenwärtig die Kommunisten tun —, daß es dann für die Massen des Volkes nicht noch schlechter werden könnte. Es ist ja nicht gerade erfreulich, daß man einen solchen Zustand bereits an die Wand malen muß. Immerhin könnte, falls das Volk wirklich den links und rechts gerichteten Diktaturdemagogen Nachfolge leisten würde, am 9. August beim Volksentscheid manches Wahrheit werden; denn der Faschismus — also Stahlhelm und Hitlergardien — würde in eifriger Nachahmung italienischer Verhältnisse sehr bald dafür sorgen (wenn sie an das Ruder kämen), die Artikel 159 und 165 der Reichsverfassung, ebenso wie den § 152 der Gewerbeordnung aufzuheben, so daß die Koalitionsfreiheit dahinginge und die gewerkschaftliche und politische Selbsthilfe der Arbeiterschaft zunichte gemacht würde. Weitere Folge wäre die Beseitigung des Arbeitsrechts, wonach die Unternehmerorganisationen schreien, also Aufhebung der Schlichtungsordnung, des Tarifvertragsrechts, Betriebsrätegesetzes, Arbeitsgerichtsgesetzes usw.

Natürlich würde als materielle Auswirkung der Entziehung des Koalitionsrechts die wesentliche Einschränkung oder gar die Aufhebung des Arbeiterschutzes die Folge sein, insbesondere bei den Jugendlichen und Arbeiterinnen. Es käme der große Schlag für die völlige Beseitigung der Sozialversicherung, die trotz aller Abstriche im Jahre 1930 über sechs Milliarden Gesamtausgaben für die Arbeiterschaft umfaßte.

Wären die Gewerkschaften erst nach faschistischem Muster verboten, so würden sehr bald die freien Konsum- und Produktionsgenossenschaften der Arbeiterschaft folgen, von der Arbeiterbank gar nicht zu reden. Auch die Tausende sonstiger Unternehmungen der Arbeiterschaft, Arbeiterpresse, Gewerkschaftshäuser usw. würden sehr bald vernichtet. Zu guter Letzt würde dann, um das italienische Beispiel komplett zu machen, auch noch die Beseitigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung durchgeführt werden. Sie ist heute ohnehin noch nicht auf der ganzen Linie erreicht; aber vom Untertan der Vorkriegszeit bis zum Bürger der deutschen Reichsverfassung ist doch ein gewaltiger Fortschritt.

So müssen wir die Dinge gegenwärtig sehen, wenn wir uns vor Augen halten wollen, was der Volksentscheid vom 9. August in seinen letzten Konsequenzen bedeutet; denn Preußen ist in der Tat die letzte und stärkste Feste der Demokratie. Das Bürgertum von heute ist entweder satt abwartend oder hungrig-faschistisch, d. h. die Nationalsozialisten, die von dem eigentlichen Interessentenhaufen der Schwerindustrie ausgehalten werden, wollen nicht nur das innere Deutschland monarchistisch-militaristisch gestalten, sondern sie wollen auch den Krieg mit Frankreich. In diesen Augusttagen, da erneut die Erinnerung an den Kriegsausbruch wachgerufen wird, sollte wahrlich jeder erkennen, daß das Spiel mit dem Feuer bereits in den letzten Monaten genug wirtschaftliches Unheil im Gefolge hatte. Aber die Unternehmerorgane, allen voran die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, kreischen allwöchentlich: „Nieder mit der öffentlichen Wirtschaft“, und in demselben Augenblick fordern die Bankrotteure in Schwerindustrie und Bankwelt: „Her mit den Staatsgeldern zur Rettung der Privatwirtschaft!“ Selbst in diesen ersten Zeiten hat die Vereinigung der Arbeitgeberverbände keine andere Formulierung, als Herabsetzung der Löhne, unbegrenzte Freiheit der Produktion, Aufhebung des Tarifvertragsrechts. Wir sehen im gesamten Bürgertum keine starken Strömungen, die dem entgegenstehen.

So muß sich die Arbeiterschaft selbst helfen und im Kampfe zwischen Demokratie und Diktatur sich weder durch nationalistischen Faschismus, noch durch bolschewistische Parolen irreführen lassen. Das wird die besinnliche, gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft Deutschlands erst recht nicht tun, wenn — wie gegenwärtig — Faschisten und Kommunisten Arm in Arm gegen das demokratische Preußen anrennen, um mittels des von ihnen gehaltenen Parlamentarismus und des demokratischen Volksentscheides dem demokratischen Staat selbst den Garaus zu machen. Wir verfolgen demgegenüber das klare Ziel der Wirtschaftsdemokratie mit all ihren Konsequenzen, weiteste Kontrolle aller Privatwirtschaft, Ausbreitung der öffentlichen Wirtschaft und Durchführung einer klaren Entwicklungslinie zum Sozialismus.

Alle diese Gedanken kommen einem besonders scharf zum Bewußtsein, wenn man das Buch von Hanns Gobsch „Wahn-Europa 1934“ (Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf, Preis Leinen 4,80 Mk.) liest. Im allgemeinen stehen wir zwar den Darstellungen jeglicher Zukunftsgestaltung etwas kühl gegenüber. Aber dieses Buch erscheint uns gerade in diesen Tagen so aktuell wie nur denkbar. Es wird nämlich die Ungeheuerlichkeit eines Krieges zwischen Frankreich und Italien eindringlich, man kann sagen plastisch bis zum Erlebnis geschildert. Unsere jüngere Generation, die die Greuel des Weltkrieges nur aus Büchern und allenfalls aus einigen Antikriegsfilmen (wie z. B. „Im Westen nichts Neues“) kennt, ist sich sicher doch zumeist nicht klar über die fürchterlichen Auswirkungen, die durch neuere technische Entwicklung, insbesondere des Flugwesens, vor sich gegangen sind. Der Verfasser, Hanns Gobsch, schildert nicht nur eindringlich und überzeugend, wie auch die heutige Diplomatie in allen bürgerlichen Kabinetten (Deutschland, Frankreich, Italien usw.) mit den alten Mitteln der Prestigefragen und der formalen Einschüchterungen, der gegenseitigen Spionage, Bündnisse usw. arbeitet (wie wir das jetzt wieder bei den zahlreichen Ministerzusammenkünften trotz aller äußeren Freundschaftsbezeugungen zum Teil miterleben mußten). Er schildert auch die Hilflosigkeit der bürgerlichen Kabinette und als einzige reale Gegenkriegsströmung die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Aber auch sie ist durch das Schachspiel der Diplomaten nicht sofort in der Lage, den Krieg zu verhindern, und der ehemalige Gewerkschaftsführer Leon Brandt, der gleichzeitig Organisator der internationalen Arbeiterschaft ist, vermag den Dingen im letzten Augenblick nicht Einhalt zu tun. So entsteht ein fürchterliches Chaos, die Vergasung und Vernichtung ganzer Landstriche in Frankreich und Italien durch die Luftgeschwader, die ihre Bomben über Rom und Paris, Lyon, Marseille und Genua werfen. Daß der Völkerverbund der Kriegursache, nämlich Differenzen zwischen Albanien (das durch Italien gestützt wird) und Jugoslawien (das die Unterstützung Frankreichs erhofft), nicht beizukommen vermag, wundert uns nicht; denn wir hatten in den letzten Jahren wiederholt ähnliche Vorgänge festzustellen, die zwar noch nicht zu einem großen Kriegsbrand führten, aber die Gefahr ständig in sich bergen. So endet das Buch mit einer schrecklichen Vernichtung von Hunderttausenden; die durch Bomben und Granaten zerrissen, von Giftgasen zerfressen werden.

Da die Internationale in Wien kraftvolle Beschlüsse gegen den Krieg und für die Abrüstung faßte, da die internationale Gewerkschaftsbewegung sich gleichzeitig zum stärksten Träger der Friedensbewegung gemacht hat, ist dieses Buch insofern ein Spiegelbild. Denn es gibt klar wieder, wie die Entwicklung sich vollziehen würde. Entweder „Nie wieder Krieg“ oder — Bürgerkrieg!

Wir Sozialisten und Gewerkschafter sind gegen die Gewaltmethoden des Faschismus und Kommunismus im einzelnen wie im großen. Wir billigen weder die politischen Tages schlägereien, die sie jetzt gang und gäbe sind, noch die versteckten Kriegsschreie der Faschisten. Ebensovienig billigen wir aber auch die Bürgerkriegsparole der Kommunisten. Das Buch bringt in uns zum Bewußtsein, daß wir alles daransetzen müssen, um eine planmäßige Entwicklung zum Sozialismus durchzuführen, die der finsternen Reaktion von rechts und links den Garaus macht. E. Dittmer.

## Der weiße Kuli

### IV.

Wie ich überhaupt die Wahrnehmung gemacht habe, daß in diesen Schwarzen — ich nehme vorläufig die intelligenten Neger — zwar noch verborgene, aber Kräfte stecken, die nicht zu unterschätzen sind. Ein Missionar sagte: „Diese Neger sind wie Kinder, zu große Milde ist schädlich, aber auch zu große Härte.“ Primitiv wie sie sind, kann man die wertvollsten Menschen aus ihnen machen, wenn man versteht, ihre tierischen Instinkte dementsprechend abzulenken. Es ist wahr, sie sind Kinder und auch als solche zu nehmen. Jedoch aus Kindern werden Erwachsene. Diese Kinder sind unverdorben, kräftig, natürlich, gesund. Sie strömen Kraft aus, sie lassen ahnen, daß sie in einer späteren Zeit zu den Kern- und Kreispunkten der Menschheit werden.

Im Sturm um das „Kap der guten Hoffnung“. Schwelgen kann man jetzt in köstlichen Morgenstimmungen auf hoher See. Ein wirklich klarer Himmel wölbt sich über der See, die leichte Dünung hat. Am Horizont — im Osten — eine dunkle Wolkenbank. Wie die dunklen Augenbrauen über einer klaren Mädchenstirn.

Und wie hinter dieser Stirne die Gedanken der Liebe sich erheben werden, um zu beglücken oder unglücklich zu machen, so wird auch die Sonne sich hinter dieser Wolkenbank erheben — Leben spendend und verschmachten lassend — je nachdem —

Wie graue dunkle Schatten segeln Albatrosse um das Heck des Schiffes — und da beginnen die Wolken zu erglücken — wie rotglühende Goldbarren ist's aufgetürmt am Firmament — das Sonnenschloß „Dhōbus“ — geöffnet werden die mächtigen Tore und hervor stürmt der Wagen des Gottes, bespannt mit vier feurigen Pferden. Lenker, Pferde und Wagen ein glühendes, funkenprühendes Etwas — ein grandioses, lebendes Monument, was ohnegleichen ist. Das Meer zeigt den Weg der Sonne an. Symbolisch ist es die Straße, die von uns aus Schmutz und Finsternis hinausführt zum Reich des Lichts — der Ueberwindung des Menschlichen.

Durban. Wohl neben Kapstadt die eindrucksvollste Stadt Südafrikas. An abfallender Fläche gelegen, die Häuser in Grün eingebettet, ist der landschaftliche Reiz kaum zu übertreffen. Doch auch das Nachtbild der Stadt — vom Hafen aus gesehen — die vielen, vielen Lichtperspektive der Straßen, dieses Gesimmer ungezählter Lichter — einer der unvergeßlichsten Eindrücke der ganzen Reise. Die Stadt selbst weist die unendlich langen Straßen moderner Städte auf. Mehrere Züge der Straßenbahn nebeneinander, die zweistöckig ist. Diese Straßen und die monumental Bauen drücken der Stadt den Stempel der Großartigkeit auf, die allerdings nicht ganz frei ist von Prozedentum. Da haben wir die town-hall, ein unübersehbarer Block, gekrönt mit einem Kuppelbau, der seinen Eindruck nicht verfehlt. In Front dieser town-hall befindet sich inmitten freundlicher Anlagen eine Art Kriegerdenkmal. Mir machte dieses, aus bunten Kacheln hergestellte Erinnerungszeichen, den Eindruck eines Kachelofens. Meiner Ansicht nach geschmacklos. In nächster Nähe der town-hall erhebt sich ein riesiger Bau die post-office. Das Portal nach Art des Parthenon zu Athen. Obendrin hat man noch einen riesigen Turm auf dieses Portal geklebt. Im übrigen ist Durban das Miami des Südafrikaners — also Winterbad. An der Marineparade Hotel neben Hotel — luxuriös — alles auf den großen „Geschmack“ zugerichtet. Weiter hinunter zur beach glänzende music-halls — dann eine gekackelte swim-hall, die 300 Fuß lang ist. Prachtige Autostraßen. Wer in Durban Bedeutung haben will, muß ein Auto haben. Es ist schon mehr ein Autokult, der da getrieben wird.

Und dann sitzt der „weiße Kuli“ auf einer der Bänke, die längs der beach stehen. Läßt dieses ganze bunte Bild an sich vorüberrollen. Sieht diese prächtigen Autos, diese reizvollen schönen Frauen, die für ihn so unsagbar unerreichbar sind, hört ihr Lachen und Gekirren, wird verwirrt von diesen vielen fremdartigen Parfüms, die da in unsichtbaren Wolken ihn umbranden — wie kostbar glänzend ist doch dies alles. So voller Liebe und Leben. Da ist nicht Mühe, Qual, Elend, Marter und Leid. Da ist Freude, Erfüllung, Sattwerden, Lust und Schönheit. Nichts Graues, Totes — alles bunt, freudvoll — bunt und warm. Der weiße Kuli geht die Reihe der prächtigen Strandhotels hinauf — Luxus, Glanz und Pracht, auch hier — gepflegte Menschen — schön, zufrieden. Da droben das Fenster einer hübschen kleinen Villa im warmen, gelbroten Licht. Seidene Vorhänge verhindern den Blick ins

Annere — vielleicht stehen sich ein paar Liebende gegenüber — die Frau schlingt den Arm um den Hals des Mannes — er küßt sie heiß und dann — sinken sie liebestrunken — toll vor Begehren und Liebeslust in die Kissen. — Es ist, als wenn die ganze, ruhige, dunkle Nacht erfüllt ist mit Liebeszügen, mit Glücksgestammel und kosenden Worten. —

Die Luft des Südens, die Palmen, alles läßt doch ein zum Lieben, zum Liebesrausch, zur menschenbeglückenden Liebe. Wie glücklich die Menschen, die dieses Gnadengeschenk voll auskosten dürfen und glücklich kosten dürfen und glücklich sind in der Zweisamkeit. — Wie unglücklich die, die einsam sind mit jungem, brennendem Blut und klopfendem Herzen ruhelos mit tränenschweren Augen und einem quälenden Würgen in der Kehle die nächtlichen Straßen durchwandern — diese endlosen, kalten, harten Straßen. — Sehnsucht — Sehnsucht — Sehnsucht. — Diese wahn-sinnige Sehnsucht — Hölle der Einsamen. Dieses immer brennende Feuer, diese quälende Seelenverbrennung bei lebendigem Leibe. Ein Autodase der „heiligen Inquisition“ des Mittelalters ist eine Farce gegen diese Seelenverbrennung der Einsamen. Die Brust ist wie in Stahl gezwängt, die Augen brennen, schwer hängen die Arme am Körper, die Füße verjagen bald den Dienst — nur mechanisch gehen sie diese schier nie endenwollenden Straßen. Du setzt dich auf einen Mauervorsprung, um auszuruhen, du merkst, daß die Müdigkeit dich übermannt — mit Mühe reißt du die letzten Kräfte zusammen — schleppst dich an Bord zurück — zerschlagen, müde und unglücklich. — Die Kameraden schließen daraus, daß du bei einer Dirne alle die Freuden ausgekostet hast, die ein Seemann für ein Sterling haben kann. O diese Schwachköpfe, wenn sie wüßten, welcher Art die „Freuden“ waren, die dich so elend aussehen gemacht haben. —

Ich hatte noch bei der Aufzählung des Bemerkwerten von Durban vergessen, die Rikschamänner zu erwähnen. Der phantastische Aufpuß der Rikschaboyen reicht so leicht an keine Darstellung heran. Das Hauptgewicht dieses Aufpußes ist wohl auf den Kopfschmuck gelegt. Ungeheure Hörner mit Filzergold und allem möglichen behangen oder Federhelme von riesigen Ausmaßen, die an die der Indianer erinnern; gewöhnlich rot oder weiß. Der nackte Körper aufs Bunteste und Seltsamste tätowiert. Um die Lenden, die Knie und Fußgelenke weit vom Körper ab-stehende Federkrausen. So geschmückt jagen die Rikschaboyen in großen Sprüngen, in rasender Fahrt durch die Straßen und schlängeln sich mit fabelhafter Geschicklichkeit zwischen Autos und sonstigen Gefährten hindurch. Ein phantastisch-grotesk-faunischer Anblick! —

Es sei noch der tiefsten Stufe der sozialen Pyramide Erwähnung getan, wie sie mir für afrikanische Verhältnisse nirgends eklatanter begegnet sind als gerade hier in Durban. Ich denke hier an das Heer der schwarzen Hafentarbeiter. Morgen für Morgen treten sie in langer Reihe auf dem Kai an und werden eingeteilt zu den zu verrichtenden Arbeiten. Ein Teil faßt wie eine Herde verrückt gemordener Teufel auf die Schuppen los und balgt sich um die Sack- und sonstigen Transportkarren. Und dann beginnt das Hin- und Herrausen mit diesen Viehkeln — vom Schuppen zum Kai und zurück, ob beladen oder leer — fast immer dasselbe Tempo. Diese baumlangen, schloddrigen schwarzen Kerle, die ausfahren, als wenn sie jeden Augenblick durchbrechen, haben eine Beweglichkeit, eine spielende Kraft und eine derart übermühtige Unermüdblichkeit auch bei schwerer Arbeit, daß wir ungleich massiver gebauten Weißen einen gewissen Neid nicht unterdrücken konnten.

Bei den in geschlossenen Kolonnen arbeitenden Niggern fällt der die Arbeit begleitende monotone Gesang auf (wenn man die mehr oder weniger artikulierten Rufe, Schreie, Tonfolgen usw. so nennen darf). Für unsere europäischen Ohren hört sich dieser „Gesang“ zuerst neuartig interessant an, dann eintönig und schließlich gräßlich und zum Davonlaufen.

Man bedenke, daß die Lade- und Löscharbeiten Tag und Nacht andauern. Und dann ununterbrochen diese grauenhafte Monotonie des „Gesanges“. Der Schlaf ist fort, und nicht zu verwundern ist es, wenn der eine oder der andere von uns an den Wänden hochgehen möchte. —

In Sanyibar war so ein schwarzer „Knabe“ auf einem Schlepper. Dieses „Schokoladenfabrikat“ machte den ganzen Tag auf drei verschieden klingenden Metallstücken „Musik“: ping-pang-pang — ping, pang, pong — ping-pang-pong. —

## Der Straßenbahner und die Unfälle durch Auf- und Abspringen des Straßenbahnfahrergastes!

Fast durch alle Unfallstatistiken der Großstädte mit Straßenbahnbetrieb zieht sich wie ein roter Faden die Feststellung, daß einen Hauptanteil vorkommender Unfälle dem verbotenen Auf- und Abspringen des Straßenbahnfahrergastes zuzurechnen ist.

Nur wenigen Städten bzw. deren Straßenbahndirektionen ist es bis heute gelungen, diesem Uebel grundsätzlich zu steuern, indem die radikalste Maßnahme zur Anwendung gebracht wurde. Als radikalste Maßnahme, die nachweisbar allein Erfolg gezeitigt hat, ist die anzusprechen, die anordnete, daß an Straßenbahnmotowagen und deren Anhängern während der Fahrt die Türen geschlossen gehalten werden müssen.

Die überwiegende Zahl der in Frage kommenden Städte und Behörden wendet zur Bekämpfung der zahlreichen Unfälle auch heute noch die ungeeignetsten Palliativmittel an. Daß dies noch möglich ist, liegt zum erheblichen Teil an den oberen Aufsichtsbehörden, deren ersichtliche Rücksichtnahme hier bestimmt falsch am Platze ist. Eine entschiedene Note und klarere Anordnungen würden bestimmt der Unfallverhütung förderlicher sein und dem Straßenbahnfahrergast mehr Respekt einflößen.

Die zur Zeit in Anwendung kommenden Anordnungen finden zum erheblichen Teil bei dem Straßenbahnfahrergast kein Verständnis und sind auch nicht ausreichend bekannt. Das Straßenbahnpersonal und auch der den Verkehr überwachende Polizeibeamte verhalten sich passiv, da ihnen die bestehenden Anordnungen nicht genug Rückhalt bei ihrem Vorgehen sein können.

Die jetzt geltende Landesstraßenverkehrsordnung, als auch örtliche Verkehrsordnungen enthalten die Bestimmung, „daß es unter sagt ist, unbefugt auf Fahrzeuge während der Fahrt aufzuspringen oder davon abzuspringen oder sich daran festzuhalten“.

Keine der mir bekannt gewordenen Verkehrsordnungen erwähnt die Straßenbahn besonders oder läßt erkennen, daß auch die Straßenbahnwagen den in der Verkehrsordnung erwähnten Fahrzeugen gleichzuachten sind. Vereinzelt hat man diesem Mißverstehen Rechnung getragen und durch besondere Veröffentlichung auf das Einbeziehen der Straßenbahnwagen unter das Verbot hingewiesen. Als ein besonderer Mangel ist festzustellen, daß die Betriebsordnungen der Straßenbahnen in ihrem alten Zustande weiterbestehen und so bald das 40jährige Jubiläum feiern, anstatt daß sie modernisiert den neuzeitlichen Verhältnissen Rechnung tragen würden.

Die sächsische Betriebsordnung für die elektrischen Straßenbahnen im Freistaat Sachsen vom 24. Juli 1928 ist eine von den wenigen, wenn nicht die einzige, die in ihrem Inhalte der Jetztzeit entsprechend umgestellt worden ist. Sie will unfallverhütend wirken und befiehlt in folgenden Paragraphen:

§ 21. Das Auf- oder Abspringen ist verboten. An Haltestellen haben die Einsteigenden so lange zu warten, bis die Absteigenden den Wagen verlassen haben. Die Wagen dürfen nur rechts in der Fahrtrichtung bestiegen oder verlassen werden. In Ausnahmefällen ist den Anweisungen des Fahrpersonals Folge zu leisten.

§ 23. Noch nicht schulpflichtigen Kindern ohne Begleitung Erwachsener ist der Aufenthalt auf den Plattformen nicht gestattet.

§ 26. Das Hinauslehnen an den Längsseiten sowie das Stehenbleiben auf den Trittschufen der Wagen ist verboten.

§ 9. Die in der Fahrtrichtung linken Seiten der Plattformen sind an den Triebwagen und an den Anhängewagen durch Türen zu schließen, die rechten Seiten der vorderen und hinteren Plattformen sind „unverschlossen“ zu halten.

§ 8. Sämtliche Straßenbahnwagen müssen so gebaut sein, daß die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs und der Fahrgäste gewährleistet ist.

Um auch dem Fahrgast diese Hinweise und Verbote zur Kenntnis zu bringen, besteht im § 12 Abs. 3 dieser Straßenbahnbetriebsordnung die besondere Anordnung für die Straßenbahndirektion, daß sie besorgt sein muß,

„daß über den Plattformausgängen oder an sonst geeigneter Stelle anzuschreiben ist, daß das Hinauslehnen, das Auf- und Abspringen während der Fahrt verboten ist“.

Im § 14 Abs. 2 wendet man sich besonders an das Betriebspersonal:

„das sich mit allen dienstlichen und polizeilichen Vorschriften über den Bahnbetrieb, besonders mit seinen einschlägigen Bestimmungen der Betriebsordnung genau bekannt zu machen und ihr gewissenhaft nachzukommen hat.“

Dorstehende Bestimmungen können bestimmt unfallverhütend wirken, wenn sie von allen daran Interessierten genau beachtet werden. Zur Zeit ist bestimmt das Gegenteil festzustellen. Ober-

flächlichheit, Fehlen der Selbstzucht und Selbstdisziplin, außerordentlich große Verantwortungslosigkeit lassen es nicht zu, daß die folgenschweren Unfälle nachlassen. Soweit Unkenntnis bei dem Fahrgast in Erscheinung tritt, wird diese durch falsche Anordnungen der Aufsichtsbehörde erheblich gefördert. § 12 Abs. 3 der sächsischen BO. sagt, daß die Betriebsleitung gehalten ist, „über“ den Plattformausgängen oder an sonst geeigneter Stelle auf Verbote hinzuweisen. In den überwiegenden Fällen hat man die Anordnung wörtlich ausgeführt und die Anordnung an der „Wagenbedeckung des Straßenbahnfahrzeugs“ angeklebt. Um diese unfallverhütende Bestimmung zu finden und lesen zu können, muß sich der Fahrgast bemühen, „über sich zu sehen“, was ihm je nach seiner Sitz- oder Stehgelegenheit unter empfindlichen Genickverdrehtungen gelingt. Dort wo in augenfälliger Weise Unfallverhütungsvorschriften angebracht werden könnten, hat höhere Erkenntnis gebringende Geschäftsreklame in vielfach recht aufdringlicher Weise angebracht, die die freie Aussicht nimmt und zu einem erheblichen Teil unästhetisch wirkt.

Das Fahrpersonal kann im besonderen zur Hauptverkehrszeit nur im begrenzten Umfange die Ueberwachung der Bestimmungen durchführen. Ihr Hauptaugenmerk konzentriert sich hauptsächlich auf schnelles Abkassieren, das kurzbesfristete Halten nicht zu verlängern und auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrzeit. Alles hängt von der Willfährigkeit des Straßenbahnfahrergastes ab. Mancher Straßenbahnwagen gleicht doch zu den Hauptverkehrszeiten einem fahrenden Panoptikum. In solchem Wagen wird die dienstliche Tätigkeit zur Qual. Dem Fahrpersonal bleibt während der Fahrt für die Ueberwachung faktisch keine Zeit übrig. Die Folge ist, daß jeder den Straßenbahnwagen dort verläßt, wo es ihm am besten gelegen ist. Trotz größter Gewissenhaftigkeit und guten Willens kann der Straßenbahner nur zum Teil die dienstlichen und polizeilichen Vorschriften erfüllen und ihre Beachtung überwachen.

Um bestehende Mißstände eindämmen zu können, weist die sächsische BO. in den Schlußbestimmungen des § 31 darauf hin, daß Zuwiderhandlungen gegen die aufgeführten Bestimmungen, im besonderen den § 21 — Besteigen und Verlassen des Straßenbahnwagens betr. —, soweit nicht nach anderen Bestimmungen mit höherer Strafe gedroht wird, Verstöße mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden können. Vermerkt wird weiter, daß die Bestimmungen über das abgekürzte Strafverfahren im § 35 der Landesstraßenverkehrsordnung vom 15. Juli 1927 sinngemäße Anwendung finden. Das abgekürzte Strafverfahren kann auch durch die nach § 2 der BO. zuständigen Organe der Straßenbahn — Betriebspolizeibeamte — angewandt werden.

Allerorts ist trotzdem festzustellen, daß trotz Strafindrohung kein Rückgang der Unfälle zu verzeichnen ist, im Gegenteil die Unfälle im Steigen begriffen sind. Diese Feststellung treffen, verlangt, daß durch die Aufsichtsbehörden schnellstens ein besserer und erfolgversprechender Weg beschritten werden muß.

Wie und auf welche Art ist die größte Unfallverhütung erreichbar?

Soweit die sächsische Betriebsordnung der Abhandlung mit unterliegt, ist entschieden zu fordern, daß der vorstehende § 9 dahingehend zu ändern ist, daß nicht nur die in der Fahrtrichtung linken Seiten, sondern im gleichen Sinne „die rechten Plattformen“ der Trieb- und Anhängewagen während der Fahrt im „geschlossenen Zustande“ zu halten sind. Diese positive Anordnung würde zwar für einen Teil Straßenbahnbetriebe, für die Beschaffung der jetzt fehlenden Türen, eine gewisse Gelddaufwendung nötig machen; es würde aber wertvolles Menschengut geschützt und Ausgaben für Personen- und Sachschaden im erheblich höheren Umfange erhalten bleiben.

Süddeutsche Städte mit Straßenbahnbetrieb — Nürnberg usw. — steuern diesem Unsummen verschlingenden Uebel schon lange dadurch, daß grundsätzlich nur geschlossene Trieb- und Anhängewagen geführt werden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. In fast allen Orten mit Straßenbahnbetrieb, die Wagenzüge mit offenen Türen führen, sieht man Gesetzesverächter todesmutig sich auf schnellfahrende Wagen schwingen. In Nürnberg z. B. habe ich dieses Beginnen zum Zwecke des Aufspringens nur vereinzelt bei dem ersten Anziehen des Motors oder im letzten Stadium des Abbremsens des Straßenbahnwagens zum vorzeitigen Verlassen des Wagens feststellen können. Soweit diese Beobachtungen gemacht wurden, war dieses undisciplinierte Verhalten auch nur dadurch möglich,

daß andere Straßenbahnfahrergäste unverantwortlicher Weise behilflich waren und das Straßenbahnpersonal dienstlicher Derrichtung im Inneren des Wagens nachging.

Das ordnungsgemäße Auf- und Absteigen sowie die schnelle Abfertigung wird im vorbezeichneten Orte dadurch erleichtert, daß hier die Durchführung des Öffnens und Schließens der Türen, während des Haltens der Wagenzüge, durch die tätige Mithilfe fast jeden Fahrgastes unterstützt wird. Wie anders sieht es da in Mitteldeutschland, z. B. in Leipzig, aus. Soweit hier schon vereinzelt geschlossene Wagen geführt werden, erwartet das mitfahrende Publikum, daß die Türen unbedingt von dem Straßenbahnpersonal geöffnet oder geschlossen werden sollen. Nicht selten ist aber auch die Wahrnehmung zu machen, daß das Straßenbahnpersonal fahrlässig handelt, indem es Fahrgästen zum Zwecke des Auf- und Absteigens während der Fahrt die Tür öffnet. Kommt es zum Unfall, dann ist bestimmt das Mitverschulden, die Mithaftung des Straßenbahnpersonals bzw. der aufsichtsführenden Betriebsleitung gegeben. Besteht ein Verbot, dann soll dieses wegen einer gewissen Gefälligkeit nicht inhibiert werden. Bis heute nimmt das Gericht, soweit das Auf- und Abspringen von geöffneten Wagen durch den Straßenbahnfahrergast geschieht, eine eindeutige Stellungnahme ein, die weitestgehende Beachtung des Straßenbahners bedarf.

Der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts fällte eine für jeden Straßenbahnfahrergast als auch für das Personal bedeutsame und

grundsätzliche Entscheidung. Es handelte sich um die Frage des Verschuldens eines Straßenbahnfahrergastes bei dem Abspringen von einem mit offenen Türen versehenen, vor schnell abfahrenden Straßenbahnwagen.

Der 7. Zivilsenat entschied, daß dann kein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Verhalten des Straßenbahnbeamten, der das Abfahrtszeichen vorzeitig gegeben, und dem Schaden, den der Abspringende genommen hatte, bestand, auch wenn der Fahrgast das Trittbrett des vor schnell abfahrenden Straßenbahnzuges bereits betreten hatte. Der Unfall ist als durch den Abspringenden selbst verschuldet angesehen worden.

Weiter ist der Fall interessant, daß eine Frau, die die persönliche Abstrafung als Unrecht ansah, auf Grund der folgenden Gerichtsverhandlung zu 15 Mk. Strafe oder 3 Tagen Haft verurteilt wurde. Auf die Höhe der Strafe war das Gericht deshalb gekommen, da die Frau trotz Warnung des Schaffners sich nicht hatte abhalten lassen, von dem Wagen während der Fahrt abzuspringen.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß jeder seinen Teil zur Unfallverhütung beitragen kann. Der größte Erfolg und die grundfähigste Maßnahme wäre aber die, daß von den oberen Aufsichtsbehörden endlich angeordnet würde, daß alle Straßenbahnwagen nur noch mit geschlossenen Türen gefahren werden dürfen.

Ob.-Pol.-Kommissar Otto Hennig, Leipzig.

## FORTBILDUNG UNSERER FUNKTIONÄRE

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir informativ-beschreibende Aufsätze und Artikelserien für fortgeschrittene Funktionäre, die in Bernau oder durch gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen bereits planmäßige Vorbildung erworben haben. D. Reb.

### Das Ziel ist alles!

Das ist heute jedem klar: Außerordentliche Mittel müssen eingesetzt werden, um dieser Krise der Wirtschaft Herr zu werden. Noch so schön gedachte Stützungsaktionen können über den offenen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht hinwegtäuschen. Der Gedanke der Ersetzung der planlosen kapitalistischen Wirtschafts-anarchie durch eine Planwirtschaft beherrscht heute wieder das wirtschaftliche Denken jedes Sozialisten.

### Keine Illusionen — praktischer Einsatz!

Wer will leugnen, daß die Arbeiterbewegung nach dem Kriege überall durch ihre aktive Mitarbeit in Staat und Wirtschaft das Lebensschicksal des arbeitenden Menschen weitgehend von der Bestimmung durch kapitalistische Willkür befreit hat. Der von Gewerkschaft und Partei in dem letzten Jahrzehnt erreichte Ausbau der Sozialversicherung findet nicht seinesgleichen in irgendeinem Lande der Welt. In den letzten Jahren sind vielfach deutsche arbeitslose Bergarbeiter nach Sowjet-Rußland gegangen in der Hoffnung, ihr Schicksal in diesem „sozialistischen“ Staat verbessern zu können. Die Berichte, die uns diese Bergarbeiter von ihren Erfahrungen in Rußland nach ihrer Rückkehr geben, enden immer wieder mit dieser einen Erkenntnis: Das Schicksal eines deutschen Arbeitslosen ist demjenigen eines Bergarbeiters im Donrevier durchaus vorzuziehen. Trotz aller Not bei uns: das „Beispiel“ Sowjet-Rußland verfängt nicht! Der deutsche, westeuropäische Sozialismus muß andere Wege gehen, muß andere Richtungen einschlagen, um zum Ziele zu kommen. Wir haben bei uns einen hochkapitalistischen Staat zu sozialisieren, nicht wie in Rußland ein agrarisches Gebiet mit frühkapitalistischen Entwicklungsansätzen.

Der deutsche Sozialismus ist nach dem Kriege aus der Sackgasse des „Endziels“ befreit und in das Heute und in das Hier der konkreten Aufgabe gestellt worden. Wir haben keine revolutionären Illusionen mehr, wir warten nicht mehr „auf den Tag nach der Revolution“. Wir wissen, daß die Aktion der Arbeiterklasse gegenwärtig in eine Fülle von Einzelaktionen, von einzelnen Reformaufgaben zerfällt.

### Die Grenze des sozialistischen „Wachstums“.

Und dennoch! So notwendig wir bei unseren Forderungen und Maßnahmen an die Entwicklungsercheinungen des Kapitalismus anknüpfen müssen — die Frage nach einer sozialistischen Wirtschaftsform ist grundsätzlich gestellt. Die vielen Einzelaktionen müssen heute wieder eingeordnet werden in einen strategischen Plan zur Überwindung des Kapitalismus.

Die große Erbitterung der Massen ist doch nur ein Zeichen

dafür, daß die Zweifel am Kapitalismus über die sozialistische Arbeiterschaft hinaus die weitesten Kreise auch des abhängigen Bürgertums erfasst haben. Der verstorbene Hermann Müller sagte in seinem Vorwort zu dem letzten Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei mit Recht, daß wir heute die große historische Aufgabe haben, eine Aufnahmestelle für die in ihrem Glauben an den Kapitalismus erschütterten Massen vorzubereiten. Wenn wir diese Aufgabe erfüllen wollen, müssen wir heute das ökonomische Ziel und den ökonomischen Plan der sozialistischen Arbeiterbewegung konkret vor die Massen stellen. Heute, wo die Erbitterung der Menschen über das kapitalistische System mit zerstörender Leidenschaft hervorzubrechen droht, genügt es nicht mehr, auf die vielen sozialen Errungenschaften zu verweisen. Das ökonomische Endziel der sozialistischen Aktion, die Vergeßenschaftung der Produktionsmittel, die Sozialisierungsaufgabe, muß wieder klar und plastisch herausgestellt werden. Die alten Vorstellungen von der revolutionären Derwirklichung irrationaler Heilslehren sind aus den Köpfen geschwunden. Und das ist gut so. Aber der Arbeiter kann es nicht begreifen und ertragen, daß man ihm für das alte Ideal nur einen Streit über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit dieser oder jener wirtschaftlichen oder politischen Einzelmaßnahme zu bieten vermag. Er kann es nicht ertragen, daß man ihn in Zeiten der kapitalistischen Hochflut darauf verweist, daß man den Kapitalismus nicht stürzen kann, während er am mächtigsten ist, und in Zeiten seines offenen Zusammenbruchs wie heute erklärt, daß man ihn nicht übernehmen könne, weil er veraltet sei. Es ist gewiß müßig, darüber zu streiten, ob die Krise, die wir gegenwärtig erleben, die letzte, die vorletzte oder die vorvorletzte Krise des Kapitalismus sei. Diese Frage interessiert auch die Massen gar nicht. Aber die Massen wollen wissen, was der Sozialismus unserer Tage dieser Krise nicht nur als Einzelforderung, sondern als System, als Gesamtperspektive entgegenzustellen hat.

### Konkretisierung der Sozialisierungsaufgabe tut not!

Soll der Glaube an den Sozialismus nicht geschwächt werden, so gilt es jetzt in dieser Krise, die die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so kraft vor Augen führt, dem Willen nach einer planmäßig geregelten Wirtschaft ein Ziel zu geben. Die sozialistische Planwirtschaft ist eine grundsätzlich andere Wirtschaft als die kapitalistische Verkehrswirtschaft. Aller gemeinwirtschaftlicher „Umbau“, alle gemeinwirtschaftliche Reform des Kapitalismus ändert nichts an dem Kapitalismus als System. Ein gemeinwirtschaftlich regulierter Kapitalismus, dessen Umrisse die „Wirtschaftsdemokratie“ aufgezeigt hat, kann höchstens — dessen müssen wir uns heute mehr denn je bewußt werden — ein Uebergangssystem darstellen, das notwendigerweise wenig befriedigend funktioniert und dessen Brauchbarkeit sich rasch abnutzt. Die Konkretisierung unseres Sozialisierungsziels ist heute eine dringende Aufgabe ge-

worden. Man muß jetzt im einzelnen sagen, was man unter dem Prinzip der Vergesellschaftung der Produktionsmittel versteht. Wir wollen nicht noch einmal in kritischen Augenblicken, die aktiven Einsatz fordern, unsere Kräfte in akademischen Auseinandersetzungen über die Frage, wie sozialisiert werden soll, verschwenden. Soeben hat der Genosse Karl Landauer ein Buch „Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft“ (Duncker u. Humblot) veröffentlicht, in dem er einen ersten Versuch macht, auf die Frage: „Was ist Sozialisierung und auf welchen technischen Wegen kann die Sozialisierung durchgeführt werden?“ eine erste vorläufige Antwort zu geben. Er zeichnet die Umrisse einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, in der die Erschütterung der Wirtschaft durch Krisen dadurch verhindert wird, daß der Staat die Investitionen mit den Kräften der Wirtschaft in Einklang bringt und eine naturwirtschaftliche Kontrollrechnung aufstellt. Von diesem wichtigen Buch wird noch im einzelnen zu sprechen sein.

### Bürgerliche Intelligenz fordert Planwirtschaft!

Ferdinand Fried, ein glänzend orientierter Pseudonymus, um dessen Aufdeckung kapitalistische Wirtschaftskreise sich heute kräftig bemühen, veröffentlicht im Verlag von Eugen Diederichs ein Buch „Das Ende des Kapitalismus“, das sich zwar auf die Analyse der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsanarchie beschränkt, aber von einem leidenschaftlichen Willen zur grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaft getragen ist. Fried veröffentlicht seit zwei Jahren ständig Artikel in der „Tat“, die heute der Sammelpunkt derjenigen bürgerlichen Intelligenz geworden ist, die außerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung ein planwirtschaftliches Wirtschaftssystem fordert. Robert Friedländer-Prechtl, ebenfalls ein Pseudonymus, versucht in einem Buch „Wirtschaftswende“ (Verlag Paul List, Leipzig) Wege zu einer grundlegenden Umgestaltung der heutigen Wirtschaft zu zeigen. Er fordert einen bis ins Detail ausgearbeiteten Wirtschaftsplan, einen organisierten Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit. Er macht dafür konkrete Vorschläge. Es ist bezeichnend, daß der Verfasser, der in den verschiedensten Zweigen der kapitalistischen Großwirtschaft sich praktisch betätigt hat, das vollständige Versagen der Privatinitiative feststellt und mit aller Eindeutigkeit eine staatliche Wirtschaftsplanung fordert.

So sehr wir auch im einzelnen an den Darstellungen Fried's und Friedländer-Prechtl's Kritik üben müssen, es ist bezeichnend, daß die Planwirtschaft nicht mehr nur von uns, sondern auch von gänzlich außerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung stehenden Menschen gefordert wird. Eben hat der Fall Nordwolle mit aller Eindeutigkeit gezeigt, welche ungeheuren Schädigungen der Wirtschaft aus der privaten Herrschaft über große Konzerngebilde erwachsen. Hilferufend wendet man sich nun an den Staat, den man sonst nicht genug bekämpfen kann, wenn er etwa den Versuch macht, wirtschaftliche Betriebe nicht nur zu kontrollieren, sondern selbst zu übernehmen. Ein Unternehmen nach dem anderen fordert vom Staate Subventionen. Eben mußte das Deutsche Reich die Garantie für die Verpflichtungen einer der größten Banken übernehmen. Die „Sozialisierung der Pleiten“ marschiert! Es wäre verhängnisvoll, wenn der Staat sich hier auf Subventionierung beschränken würde, um nach dem Verlust dieser Subventionen sich wieder aus den Unternehmungen herausdrängen zu lassen. Die Sozialisierung der Pleiten würde dann nur zu einer neuen Stärkung des Kapitalismus führen. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsunternehmungen demonstriert die Notwendigkeit, neue Formen der wirtschaftlichen Produktion systematisch zu verwirklichen. Mit Recht fordert die Sozialdemokratie, daß der Staat die zusammengebrochenen Unternehmungen seiner ständigen Kontrolle unterwirft und diese Kontrolle durch Beteiligung sichert.

Die Unmöglichkeit, im Jahre 1918 mit den sozialistischen Ideen Ernst zu machen, wirkt heute noch wie eine verschleppte Krankheit im Körper der Arbeiterbewegung fort.

Wiederbestimmung auf das Ziel, Konkretisierung der Sozialisierungsaufgabe, Aufstellung eines sozialistischen Wirtschaftsplans zur Erreichung einer krisenlosen Wirtschaft — darauf kommt es wieder an. Wir wollen nicht die Verluste der kapitalistischen Wirtschaft sozialisieren, sondern die Produktion. Wir wehren uns auf das entschiedenste gegen eine einseitige Risikoüberwälzung von der Privatwirtschaft auf den Staat. Wenn man vom Staat nimmt, muß man ihm auch geben. Es ist Zeit, den Schein einer freien Wirtschaft zu zerstören und den Uebergang zu einer staatlichen Planwirtschaft offen durchzuführen. Der sozialistischen Arbeiterbewegung kommt dabei die Führung zu.

Dr. Walther Paßl

## Internationale Rundschau

Der Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Wien wurde am 25. Juli 1931 durch den Vorsitzenden der SAL, Genossen Emile Vandervelde-Brüssel, und den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, den Wiener Bürgermeister Seitz, eröffnet. Schon bei der Begrüßungsrede brandmarkte Vandervelde, daß in die Reparationsrechnung die bürgerlichen Regierungen die schwere Last der Militärpensionen mit eingerechnet haben. Als sich herausstellte, daß die geforderte Summe nicht nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, sondern auch die Aufnahmefähigkeit seiner Gläubiger übersteige, wurde an diesem Prinzip trotzdem nichts geändert. Vandervelde verurteilte es schwer, daß die bürgerlichen Regierungen anstatt das Prinzip der Annullierung der Kriegsschulden anzuerkennen und die dahingehenden Vorschläge, Englands anzunehmen, die Völker gezwungen werden, in fruchtlosem Streit sich gegenseitig zu zerfleischen. Vandervelde trat dann für die Abrüstung ein, da die Rüstungen die Welt mit unerträglichen Lasten bedrücken. — Für den ersten Plenarsitzungstag wurden zu Vorsitzenden Otto Welss, Berlin, und Bracke, Paris, bestimmt. Die Uebnahme des Präsidiums durch diese beiden gestaltete sich zu einer Demonstration der Verbrüderung, die nicht nur den beiden sozialistischen Parteien, sondern auch den beiden Völkern Deutschlands und Frankreichs galt. — Louis de Broeckere-Brüssel erstattete hierauf den Kommissions-Bericht über die Abrüstungsfrage. Er sowohl als die nachfolgenden Redner Philipp Baker, England, Andersen, Dänemark, Marie Juchacz, Berlin, Hillquith, Amerika, Renaudel, Paris, forderten energische Abrüstung. Der Kongreß nahm eine Resolution mit 390 gegen 5 Stimmen an, die besagt, daß der Kampf gegen die Kriegsgefahren in der augenblicklichen Situation die oberste Aufgabe aller sozialistischen Parteien ist. Alle sozialistischen Parteien seien einig, in dem unterschiedenen Willen, alle Mittel, die im Bereich ihrer Macht liegen, anzuwenden, um jede Regierung zu bekämpfen, die die Entscheidung des Brüsseler Kongresses erinnert, daß gegen eine Regierung, die sich einem internationalen Schiedsspruch nicht fügt und zum Kriege schreitet, alle, auch revolutionäre Mittel, anzuwenden sind. Eine Entschleunigung über die Flottenabrüstung wurde einstimmig angenommen. Hierauf folgte das Referat von Dr. Otto Bauer, Wien, über „Die Lage in Deutschland und Zentraleuropa und der Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie“, das den Höhepunkt des Kongresses bildete. Die von dem Kongreß beschlossene Resolution und die Ausführungen des deutschen Delegierten Dr. Breitscheid zu diesem Referat geben wir im Auszuge in den Ausgaben A., B., D. und F. der „Gewerkschaft“ an anderer Stelle wieder. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten fand der Kongreß am 1. August 1931 sein Ende.

### „Niemand...“ „...Unterwerfung...“ „Nieder mit...“

Wenn ich mir so einen kesseln Helben male,  
der bei Eugenberg für mittleres Gehalt  
jeden Morgen feurig mit der Peitsche knallt,  
steht er etwa aus wie Karl der Kahle...

Oder von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“  
respektive speziellen deutschen Industrie —:  
Estramm und unerbittlich haben die  
zwecks Befriedigung ihrer strengen Zeitung.

Aber abends, wenn sie dann bei Rattern sitzen  
oder auch wohl mal bei einem dunklen Bier,  
fühlen sie sich einesteils zwar groß vor ihr,  
doch sie nehmen sich in acht, sie zu erhitzen.

Denn warum denn nur — man will doch seinen Frieden,  
und verächtlich hastet man auf einmal auch,  
und der Mut ist nur zum dienstlichen Gebrauch,  
und es ist nun mal so eine Last hienieden.

Nach — und wenn sie immer noch dem Teufel entkommen!  
Doch bei manchen stimmt ja wohl nicht mal der Paß!  
Und bei manchen fehlt ja wohl auch sonst noch was!  
Das — —

das, du Stegfriedsvoll, sind deine Heßbeamten!

Peter Escher.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der nationalsozialistische Innenminister Dr. Franzen von Braunschweig ist am 27. Juli von seinem Amt zurückgetreten.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat in den Tagen vom 27. bis 30. Juli mit Unterstützung des russischen Eisbrechers „Malygin“ eine wissenschaftliche Fahrt in die Nordpolgegend unternommen.

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der englische Außenminister Henderson waren am 28. Juli zu Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Brüning, dem deutschen Außenminister Dr. Curtius, dem preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun u. a. in Berlin.

Die Sächsische Staatsbank und die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig haben sich zusammengeschlossen, um dem sächsischen Wirtschaftsleben eine kräftigere Stütze zu bieten.

Zur Stützung der gefährdeten Dresdner Bank hat die Reichsregierung die Übernahme von 300 Millionen Mark Vorzugsaktien, die jetzt herausgegeben werden sollen, beschlossen.

Die deutsch-evangelische Heimstätten-Gesellschaft, hinter der die Junere Mission steht, ist zusammengebrochen. Der Schaden, der durch Unregelmäßigkeiten, Bilanzfälschungen, Kontroversen u. a. entstanden ist, beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. Es sollen etwa 20 000 Sparer geschädigt sein. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Preußen und Sachsen zahlen die Gehälter am 1. und 15. August in zwei Raten; Sachsen, Oldenburg, Mecklenburg und Baden voraussichtlich in drei Raten, je am 1., 10. und 21. August.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts von 137,8 im Juni auf 137,4 im Juli, also um 0,3 Proz. zurückgegangen.

Der Zentralkausch der Reichsbank hat den Reichsbankdiskont von 10 auf 15 Proz. und den Lombardsatz von 10 auf 20 Proz. mit Wirkung ab 1. August heraufgesetzt.

In England belief sich die Zahl der Arbeitslosen am 20. Juli auf 2 666 733; gegenüber dem Stand der Vorwoche ist das eine Erhöhung um 18 044.

## Aus unserer Bewegung

**Ortsgruppenverwaltung „Niederrhein“.** In der Generalversammlung am 25. Juli gab Kollege G. Sander den Geschäftsbericht. Er schilderte die Not und ihre Ursachen, die die Arbeiter hart trifft und hob hervor, daß man eigentlich annehmen sollte, daß die Arbeiterkraft sich deshalb zusammenschließen würde. Leider ist dies nicht der Fall, sondern der Fanatismus gegen die Gewerkschaften steigert sich von Tag zu Tag. Von den Kommunisten und Nationalsozialisten sind hingegen neue „Gewerkschaften“ ins Leben gerufen worden. Das sollen sogar revolutionäre Gebilde sein. In dem sogenannten RGO-„Einheitsverband“ ist den Mitgliedern jedes Recht genommen, über ihre Gelder zu verfügen. § 17 Abs. 2 der Satzungen der RGO. sowie des „Einheitsverbandes“ enthält über Rechte und Pflichten der Mitglieder folgendes:

„Der Einheitsverband zahlt seinen Mitgliedern, so weit die jeweiligen Kassenverhältnisse es gestatten, Unterstützungen bei Streiks, Aussperrungen und Mißregelungen.“

Wenn es also die jeweiligen Kassenverhältnisse nicht gestatten, wird nichts gezahlt. § 19 besagt:

„Über die Höhe der Unterstützungen entscheidet die Reichsleitung.“

Weiter heißt es im § 12:

„Die Wahl der Angestellten der Organisation erfolgt durch die Reichsleitung!“

Schon aus diesen drei Paragraphen ist zu entnehmen, daß das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in diesen Splittergruppen sehr zu wünschen übrig läßt. Solche Statuten lassen sich die Mitglieder der freien Gewerkschaften nicht aufzwingen. Es ist daher an der Zeit, daß die Arbeiter erkennen, daß diese „revolutionären“ Gebilde nur deshalb ins Leben gerufen sind, um die Futterkrippe einiger Drahtzieher sicherzustellen. — Die Betriebsräte wählen innerhalb des Verkehrsgewerbes hatten folgendes Ergebnis: In den für den Gesamt-Verband in Frage kommenden Betrieben sind 377 Betriebsratsmitglieder gewählt worden. Davon 192 Gesamt-Verbandsler, 49 andere Freigewerkschaftler, 60 christliche Gewerkschaftler, 2 Hirsch-Dunker'sche, 22 RGO., 5 Nazis, 8 Gelbe und 39 Unorganisierte. Dieses Resultat, insbesondere die letztgenannte Zahl und die Zahl der Nazis ist nur durch die Hege der sogenannten revolutionären Gewerkschaftler zustande gekommen, weil diese es darauf anlegten, nicht den wirklichen Gegner der Arbeiterklasse, sondern die weit mehr gefürchteten, aber für die Arbeiterklasse eintretenden freien Gewerkschaften zu bekämpfen. — Der Referent kam dann auf die Notverordnung

zu sprechen, der er weiteren scharfen gewerkschaftlichen Kampf ansagte. Besonders scharf kritisierte er, daß in Homberg mit Hilfe des Zentrums die städtische Gas- und Elektrizitätsversorgung an das Prinakapital veräußert worden ist. — Anschließend gab Kollege Lacroix den Kassenbericht. Er betonte, daß trotz der Wirtschaftskrise die Kassenverhältnisse gut sind. Es wurden 54 000 Marken umgekehrt, das sind 3500 Marken weniger als im 1. Quartal. Die Einnahmen beliefen sich auf 68 156,37 Mk. Ausgezahlt wurden an Erwerbslosenunterstützung 24 187,10 Mk., an Krankenunterstützung 14 727,80 Mk., für Rechtschutz wurden ausgegeben 1178 Mk., für Todesfallunterstützungen 1822,45 Mk. und für Notfallunterstützungen 2040,16 Mk. Außerdem sind für Lohnbewegungen und Streiks 2354,30 Mk. ausgegeben worden.

**Hannover.** In der Halbjahrsgeneralversammlung gab Kollege Träger den Geschäftsbericht. Der Ausfall der Betriebsräte-wahlen, die in diesem Jahr eine besondere Bedeutung für die Organisation hatten, hat gezeigt, daß die freien Gewerkschaften nach wie vor das Vertrauen der breiten Arbeitermassen besitzen. Im Bereiche unserer Ortsgruppe konnten wir acht neue Betriebsräte von den Gegnern gewinnen. Die Verhandlungen über Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden haben bereits begonnen. Von uns aus wurde betont, daß infolge der niedrigen Löhne eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden ohne Lohnausgleich untragbar sei. In den öffentlichen Betrieben haben wir zugestanden, daß die Arbeitszeit, soweit sie noch über 48 Stunden beträgt, auf 48 Stunden ohne Lohnausgleich herabgesetzt werden soll. Damit hat der Gesamt-Verband eine weitere Kürzung des an und für sich niedrigen Lohnniveaus abgewehrt. Die bislang erzielten Verbesserungen, die als ein Erfolg zu werten sind, reichen aber noch nicht aus. Der Kampf gegen die Notverordnung muß deshalb weitergeführt werden. Trotz der großen Wirtschaftskrise war es möglich, im ersten Halbjahr 590 neue Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Den Kassenbericht erstattete Kollege G. H. Meyer. Aus diesem ist zu ersehen, daß der Ortskassenbestand um zweieinhalbtausend Mark gestiegen ist. Ferner ist aus dem Abschluß der Hauptkasse zu ersehen, daß von der erzielten Einnahme von rund 53 000 Mk. mehr als die Hälfte an Unterstützung den Mitgliedern wieder zugeflossen ist.

**Magdeburg.** In der Generalversammlung am 24. Juli 1931 gab Kollege Kuhnert den Geschäftsbericht. Im verfloffenen Halbjahr wurden insgesamt 27 Lohnbewegungen, davon eine mit Streik der Glasreiniger, geführt. An diesen Lohnbewegungen waren 465 Betriebe mit insgesamt 6967 Beschäftigten beteiligt. Die gesamten Kosten für die Lohnbewegungen betragen 5562,70 Mk. Die Kosten für 71 Rechtschutz- und Schadenersatzfälle betragen 3571,32 Mk. Außerdem waren 37 Klagen vor dem Arbeitsgericht zu vertreten; die eingeklagte Summe betrug 1266,78 Mk. Bei den Betriebsräte-wahlen hatten unsere Kollegen harte Kämpfe mit der RGO. und den Christen zu bestehen. Die wenig Erfolg die Gegner aber bei diesen Betriebsräte-wahlen gehabt haben, geht am allerdeutlichsten daraus hervor, daß von den gesamten 218 gewählten Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobleuten 175 dem Gesamt-Verband angehören, 34 sind Mitglieder in anderen freien Gewerkschaften. Die Christen erhielten jedoch nur 7 und die RGO. nur 4 Mandate. 5 Gewählte gehören keiner Organisation an. Durch die ungeheure Wirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit ist auch ein kleiner Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Aufgabe aller Verbandsfunktionäre und Mitglieder muß es deshalb sein, die Geschlossenheit in der Organisation gegen alle Angriffe sowohl des Unternehmertums wie auch aller übrigen Gegner zu festigen. — Den Kassenbericht erstattete Kollege Matern. In der Zahl der verkauften Beitragsmarken und damit in unseren Einnahmen ist ein kleiner Rückgang zu verzeichnen.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

**Der Verbandstag der Hutarbeiter.** Die Arbeitslosigkeit der Hutarbeiter ist seit Jahren besonders hoch. Dies ging aus dem Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Brösicke hervor. Im Jahre 1930 arbeiteten nur 49 Proz. der Mitglieder voll. In der Berichtszeit wurden 41 Tarifbewegungen durchgeführt. Trotz der großen Ausgaben für soziale Unterstützungen konnte 1930 die Verbandskasse einen Ueberschuß von 210 000 Mk. erübrigen. Die Einnahmen betragen 1930 1 447 458 Mk. und die Ausgaben 1 206 779 Mk. Die Verbandszeitungen des deutschen und des österreichischen Hutarbeiterverbandes sollen zusammengelegt werden. Angenommen wurde ein Antrag, wonach den Mitgliedern nach 52 Wochen Invalidität das Sechzigfache des zuletzt geleisteten Beitrages als Sterbegeld ausgezahlt wird. Nach lebhafter Aussprache wurde beschlossen, den Sitz des Verbandes von Altenburg nach Berlin zu verlegen. Der amtierende geschäftsführende Vorstand wurde wiedergewählt.